

## Unterrichtung

### durch die deutsche Delegation in der Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung

#### Zweite Plenartagung am 26. und 27. März 2006 in Brüssel (Belgien)

#### Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>I. Teilnehmer</b> .....	1
<b>II. Zusammenfassung</b> .....	1
<b>III. Sitzungen und Beschlussempfehlungen</b> ....	1
<b>IV. Anhang: Schlusserklärung und Empfehlungen der Ausschüsse</b> .....	4

#### I. Teilnehmer

Die Zweite Plenartagung der Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung fand am 26. und 27. März 2006 in Brüssel statt.

Der deutschen Delegation gehörten folgende Mitglieder an:

Abg. **Hans Raidel** (CDU/CSU), Leiter der deutschen Delegation

Abg. **Dr. Lale Akgün** (SPD), stellvertretende Leiterin der deutschen Delegation

#### II. Zusammenfassung

Die Euromediterrane Parlamentarische Versammlung traf sich zum zweiten Mal seit ihrer Gründung zu ihrer jährlichen Plenartagung am 26. und 27. März 2006 in Brüssel. An der Tagung nahmen Parlamentarier der EU-Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments und der zehn Mittelmeeranrainer Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko, Palästina, Syrien, Tunesien, Türkei sowie Parlamentarier aus Bulgarien, Libyen, Mauretanien und Rumänien als Beobachter teil. Ebenfalls anwesend waren Vertreter der Arabischen Parlamentarischen Union, der Interparlamentarischen Union und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates.

Die Versammlung verabschiedete jeweils eine Resolution des Politischen Ausschusses, des Wirtschaftsausschusses und des Kulturausschusses sowie eine Schlusserklärung der Versammlung selbst. Neukonstituiert wurde der Ad-hoc

Ausschuss für die Rechte der Frau. Der Schwerpunkt der Diskussionen lag vor dem Hintergrund des aktuellen „Karikaturenstreites“ in allen Gremien auf der Auslegung und Bedeutung der Meinungs- und Pressefreiheit im Verhältnis zum Recht auf Religionsausübung und dem Umgang der Religionen miteinander.

Kernelemente der Schlusserklärung der Versammlung sind die Stärkung der parlamentarischen Dimensionen des Barcelona-Prozesses, der Aufruf an die palästinensische und die israelische Regierung, die internationalen Verpflichtungen auf der Grundlage der „Roadmap“ zu respektieren und den Prozess des Dialoges fortzusetzen. In der Erklärung wird ferner darauf eingegangen, die Beleidigung durch Karikaturen zu verurteilen und mit Meinungsfreiheit verantwortungsbewusst umzugehen. Verurteilt wurde die durch den Karikaturenstreit ausgelöste Gewalt.

Redebeiträge leisteten unter anderem der Präsident der Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung und des Europäischen Parlamentes, **Josep Borrell Fontelles**, der Staatssekretär und Vertreter der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft, **Franz Morak**, die Europäische Kommissarin für Auswärtige Beziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik, **Benita Ferrero-Waldner**, der Botschafter und Missionschef der Liga der Arabischen Staaten in Brüssel, **Abd El-Wahab Derbal**, der Vorsitzende des Vorstandes der Euromediterranen Nichtregierungsplattform, **José Moisés Martín**, und der Präsident der Tunesischen Deputiertenkammer und neue Präsident der Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung, **Fouad M'Bezaa**.

#### III. Sitzungen und Beschlussempfehlungen der Ausschüsse

##### 1. Ausschuss für Politische Angelegenheiten, Soziales und Menschenrechte

Der Ausschuss für Politische Angelegenheiten, Soziales und Menschenrechte beschäftigte sich unter Vorsitz der Abgeordneten des Europäischen Parlamentes, **Tokia Saïfi**, mit dem Ergebnis des Barcelona-Gipfels, dem Ausblick für die Euromediterrane Partnerschaft und insbeson-

dere mit dem Karikaturenstreit. In der vom Plenum verabschiedeten Empfehlung wird im Hinblick auf die Meinungsfreiheit und den Respekt vor religiösen Überzeugungen jegliche Beleidigung gegenüber religiösen Prinzipien oder Wertvorstellungen scharf verurteilt und zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit der Meinungsfreiheit aufgerufen. Die Regierungen werden aufgefordert, religiös bedingten Hass, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus aktiv zu bekämpfen und sich für Toleranz, Freiheit und kulturelle Vielfalt einzusetzen. Es wird unterstrichen, dass die Freiheit, die eigene Meinung zu äußern, ein wesentlicher Teil jeder demokratischen, pluralistischen, toleranten und offenen Gesellschaft ist. Dabei wird auf die Erklärung von Barcelona aus dem Jahr 1995 verwiesen, die den Respekt vor den Menschenrechten und den Grundfreiheiten wie der Meinungsfreiheit, der Gedankenfreiheit und der Religionsfreiheit sowie den Respekt gegenüber Vielfalt und Pluralismus sowie die Förderung von Toleranz festschreibt. Zugleich wird unterstrichen, dass Grundrechte allen Menschen zustehen und auch von allen geachtet werden müssen. Ein aktiver Dialog der Kulturen könne dazu einen wichtigen Beitrag leisten und solle deshalb von den Regierungen der Mitgliedstaaten der EM PV gefördert werden.

Hinsichtlich des Barcelona-Prozesses wird die Verabschiedung des Fünfjahres-Arbeitsprogrammes und der Verhaltensregeln zur Terrorismusbekämpfung begrüßt. Die nationalen Aktionspläne und Assoziierungsabkommen im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik werden als vitales Element des Barcelona-Prozesses gewertet.

Bezüglich des Friedensprozesses im Nahen Osten werden die friedlich und transparent verlaufenen Wahlen in den palästinensischen Autonomiegebieten ausdrücklich begrüßt. Die palästinensische und die israelische Regierung werden aufgefordert, der vom Nahostquartett entwickelten „Roadmap“ zu folgen. Die internationale Gemeinschaft wird aufgefordert, den Willen des palästinensischen Volkes zu akzeptieren und sich der demokratisch gewählten palästinensischen Führung anzunähern sowie die Palästinenser weiterhin zu unterstützen. Die am Friedensprozess beteiligten Parteien werden aufgefordert, den Plan einer friedlichen Zweistaatenlösung weiter voranzubringen.

## **2. Ausschuss für wirtschaftliche, finanzielle und soziale Angelegenheiten und Bildung**

Unter Leitung des jordanischen Abgeordneten **Dr. Hashim Ad-Dabbas** setzte sich der Ausschuss mit den Bereichen Bildung, soziale Stabilität und Rechte sowie Energie, Freihandel und Wirtschaftsentwicklung auseinander.

Die Beschlussempfehlung an die Versammlung wertet die Analphabetenrate im Süden als wesentliches Entwicklungshindernis für die Region. Sie ruft dazu auf, stärkeres Augenmerk auf Bildung und die diesbezügliche Gesetzgebung zu legen, insbesondere die Anzahl der weiterführenden Schulen zu vergrößern. Dabei betont sie die Notwendigkeit von Austauschprogrammen für Studenten, Auszubildende und Arbeitnehmer. Dies erfordere die Unterstützung der existierenden Programme sowie die Aus-

weitung der Programme betreffend Sekundarschulen und Universitäten.

Darüber hinaus sind Beschäftigung und der gleiche Zugang zu Arbeitsmöglichkeiten wichtige Faktoren für soziale Stabilität und wirtschaftlichen Fortschritt für Männer und Frauen. Es sei notwendig, die Unterstützung der südlichen Länder des Mittelmeerraumes zu verstärken, um die Kluft zwischen Norden und Süden zu verkleinern und vor allem die Armut im Süden zu reduzieren. Insbesondere müssten europäische Investitionen im Süden gefördert werden und die finanziellen Zuwendungen an am wenigsten entwickelte Länder im Süden unter den MEDA 1- und MEDA 2-Programmen erhöht werden.

Ein wichtiger Faktor zur Weiterentwicklung der Region sei die Anerkennung der Souveränität sowohl der EU- als auch der Nicht-EU-Staaten in der Visa-Politik, aber auch die Förderung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer und die Verbesserung der Beziehungen der Gesellschaften auf beiden Seiten des Mittelmeeres.

Im Bereich Energie müsse die Energieversorgung, die effiziente Energienutzung, die erneuerbaren Energien und das Sparen von Energie weiter gefördert werden. Dies könne mittels neuer Studien, weiterer Forschung und neuen Projekten zu Energiealternativen erreicht werden. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung seien die Maßnahmen zur Gründung eines euromediterranen Energiemarktes.

Bezüglich des Handels müssten die Mitgliedstaaten die Vorschriften über Handel und Wettbewerb weiter harmonisieren und insbesondere den Agrarsektor im südlichen Mittelmeerraum stärker unterstützen. In diesem Zusammenhang habe die aktuelle Diskussion der euromediterranen Handelsminister über eine euromediterranen Freihandelszone bis 2010 wichtige Impulse geben können. Auch müsse die Zusammenarbeit zwischen der Parlamentarischen Versammlung, der EU-Kommission und der jeweiligen EU-Präsidentschaft intensiviert werden. Im Hinblick auf den neu eingerichteten Ad-hoc Ausschuss für die Rechte der Frau müsse auch die gleichrangige Einbeziehung der Frau in die Wirtschaft unterstützt werden.

## **3. Ausschuss für die Verbesserung der Lebensqualität, den Austausch zwischen Zivilgesellschaften und Kultur**

Der Ausschuss für die Verbesserung der Lebensqualität, den Austausch zwischen Zivilgesellschaften und Kultur debattierte unter Vorsitz des italienischen Abgeordneten **Mario Greco** über die Steuerung von Migrationsströmen und über die religiöse Dimension des Dialoges zwischen Kulturen und Zivilisationen. In der von der Versammlung verabschiedeten Empfehlung wird die Verpflichtung der EU zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit den Partnern des südlichen Mittelmeerraumes begrüßt. Sie unterstreicht, dass diese Kooperation zu einer Partnerschaft führen sollte, innerhalb derer Politiken und Programme auf der Basis von Solidarität und geteilter Verantwortung entwickelt und vollzogen werden sollten, um die Migra-

tionsströme besser zu leiten. Sie drängt die Mitgliedstaaten dazu, verstärkt Strategien zur Bekämpfung von Armut und Konfliktverhütung zu entwickeln. Dabei müssten die Verbesserung der Infrastruktur der Herkunftsländer, die Steigerung produktiver Investitionen in Entwicklungsländer des südlichen Mittelmeerraumes, sowie die Steigerung des europäischen Fonds zur Förderung sozialer Dienste in dieser Region Priorität haben. Die Versammlung unterstreicht die Wichtigkeit der Steigerung der europäischen finanziellen und materiellen Hilfe, um Entwicklungsprozesse zu reaktivieren und zu fördern und nationale Industrien zu rehabilitieren. Dabei wird auch auf die Notwendigkeit verwiesen, strukturelle Lösungen für Schulden zu finden, die ein großes Hindernis für die Entwicklung darstellten, sowohl in wirtschaftlicher als auch in sozialer Hinsicht.

Begrüßt werden die für den Kampf gegen Menschenhandel vorgeschlagenen Maßnahmen, besonders in Bezug auf Küstenpatrouillen und Satellitenaufklärungstechnik. Zur weiteren wirksamen Bekämpfung wird auch die Einrichtung einer Task-force angeregt, um in Notfällen auch einen massiven und unerwarteten Zustrom von Migranten bewältigen zu können und grundlegende Dienste wie Übersetzungen und medizinische Hilfe bereitzustellen. Die europäische Gesetzgebung leiste dazu einen wichtigen Beitrag, wenn sie ein gemeinsames Verfahren für Asylsuchende und die Gründung eines lastenverteilenden Mechanismus entwickelte, um Asylsuchende innerhalb der EU-Mitgliedstaaten im Verhältnis ihrer Größe, der Bevölkerungsdichte und des Bruttosozialprodukts besser zu verteilen. Unterstrichen wird ferner die Notwendigkeit einer neuen Gesetzgebung zur Bekämpfung illegaler Migration. Dazu müssten Programme zur Regulierung le-

galer Migrationsströme und zur Integration sich legal aufhaltender Arbeitnehmer entwickelt werden.

Im Hinblick auf die Migration sei allgemein ein Prozess der Integration notwendig, der sowohl auf die Kenntnis und das Verständnis des Gastlandes und seiner rechtlichen Normen eingehe, aber auch den Schutz des kulturellen Erbes der Migranten berücksichtige.

Im Hinblick auf die durch den Karikaturenstreit ausgelöste Diskussion wird der Wert der Meinung-, Presse-, und Religionsfreiheit für die Demokratie betont. Diese müssten aber innerhalb der Grenzen der Gesetze ausgeübt werden, müssten einerseits die Menschenrechte respektieren und andererseits religiöse Gefühle und Bekenntnisse austarieren. Verurteilt werden Gewalt und Aggressionen nicht nur gegenüber Menschen, sondern auch gegenüber Botschaften und Symbolen nationaler oder europäischer Identität. Die am Barcelona-Prozess beteiligten Länder werden dazu aufgerufen, die Medien in den Dialog für eine bessere Kenntnis der verschiedenen Zivilisationen mit einzubeziehen und sie dazu zu ermutigen, von jeglicher Darstellung von Kulturen und Bekenntnissen Abstand zu nehmen, die gegenseitige Ignoranz und mangelndes Verständnis stärkten. Die Regierungen sollten sich dafür einsetzen, jegliche Form von Gewalt, Rassismus oder Xenophobie streng zu verurteilen, den friedlichen Dialog zu fördern und auf eine demokratische, pluralistische und tolerante Gesellschaft hinzuwirken.

**Hans Raidel**

Leiter der Delegation

**IV. Anhang****Schlussfolgerung und Empfehlungen der Ausschüsse**

	Seite
1. Schlussfolgerung der Versammlung . . . . .	5
2. Beschlussempfehlung des Ausschusses für Politische Angelegenheiten, Soziales und Menschenrechte . . . . .	9
3. Beschlussempfehlung des Ausschusses für wirtschaftliche, finanzielle und soziale Angelegenheiten und Bildung . . . . .	15
4. Beschlussempfehlung des Ausschusses für die Verbesserung der Lebensqualität, den Austausch zwischen Zivilgesellschaften und Kultur . . . . .	22
5. Erklärung des neuen Präsidenten der EM PV, Herrn Fouad M'Bezaa . . . . .	29
6. Erklärung des Vorsitzenden des Vorstandes der Euromediterranen Nichtregierungsplattform, Herrn José Moisés Martín . . . . .	33
7. Erklärung des Präsidenten der EMPV, Herrn Josep Borrell Fontelles . . . . .	40



**PARLAMENTARISCHE  
VERSAMMLUNG  
EUROPA-MITTELMEER**



ZWEITE PLENARTAGUNG  
Brüssel, 27. März 2006

**SCHLUSSEKTLÄRUNG  
DES VORSITZES**

Die Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer (PVEM) spricht sich auf ihrer Plenartagung am 26./27. März 2006 in Brüssel mit Nachdruck dafür aus, die parlamentarische Dimension des Barcelona-Prozesses in der augenblicklich schwierigen Phase zu stärken.

Auf beiden Seiten des Mittelmeeres findet die Theorie eines Zusammenpralls der Zivilisationen immer mehr Anhänger. Die PVEM ist davon überzeugt, dass dieses Problem nur gelöst werden kann, wenn alle Partner ihre politische Entschlossenheit zum Ausdruck bringen, den Barcelona-Prozess in jeder Hinsicht neu zu beleben. Die PVEM bekräftigt ihr Eintreten für eine Stärkung des Dialogs zwischen den Bürgern und den Regierungen auf beiden Seiten des Mittelmeeres. Ihre Mitglieder erklären sich entschlossen, als Parlamentarier Druck auf ihre jeweiligen Regierungen auszuüben, damit den Worten Taten folgen.

In den Ausschüssen und Arbeitsgruppen der PVEM sowie heute auf der Plenartagung haben Gespräche über die Hindernisse stattgefunden, die heute einem Bündnis der Zivilisationen entgegenstehen. Dazu gehören die Krise im Zusammenhang mit den in der „Jyllands Posten“ veröffentlichten Zeichnungen, der andauernde Konflikt zwischen Israel und Palästina und die weiterhin bestehende wirtschaftliche und soziale Kluft zwischen den beiden Ufern des Mittelmeeres.

Die PVEM, auf der Grundlage dieser Gespräche und der heute von ihr angenommenen Entschlüsse:

- 1) wiederholt den in Rabat ausgesprochenen Aufruf an die Institutionen und Regierungen der Region Europa-Mittelmeer, politische Maßnahmen zu ergreifen, um den Barcelona-Prozess wirklich wiederzubeleben;
- 2) fordert die künftige Regierung der Palästinensischen Autonomiebehörde und die künftige israelische Regierung auf, sofort nach der Aufnahme ihrer Amtsgeschäfte den internationalen Verpflichtungen nachzukommen, die ihre jeweiligen Länder zugunsten einer Verhandlungslösung für den Konflikt eingegangen sind, die sich auf die „Road Map“ stützt;
- 3) fordert die künftige palästinensische Regierung auf, die Verpflichtungen einzuhalten, die in den gemeinsamen Erklärungen der Arabischen Liga und insbesondere der Erklärung von Beirut enthalten sind;
- 4) fordert alle Mitglieder der Partnerschaft Europa-Mittelmeer auf, dafür Sorge zu tragen, dass der zwischen den Partnern eingeleitete Prozess des Dialogs weder unterbrochen noch sabotiert wird, und fordert Israel und die Palästinensische Autonomiebehörde auf, dafür zu sorgen, dass dieser Prozess fortgesetzt werden kann;
- 5) erinnert alle Regierungen der Region Europa-Mittelmeer an die Verpflichtungen der Erklärung von Barcelona 1995, die sich auf den Grundsatz der Wahrung der Vielfalt und die Förderung der Toleranz gründen, sowie auf den Grundsatz der Wahrung der Grundfreiheiten, angefangen mit der Meinungsfreiheit;
- 6) befürwortet die Fortsetzung und die Intensivierung des israelisch-palästinensischen Dialogs innerhalb der PVEM und ihrer Ausschüsse, da die parlamentarische Institution des Barcelona-Prozesses sich ebenfalls für die Förderung des Friedens, der Stabilität und des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts einsetzen sollte;

7) verurteilt noch einmal die Beleidigung der religiösen Gefühle, ausgelöst durch die Veröffentlichung von Karikaturen in der „Jyllands Posten“, und appelliert an das Verantwortungsbewusstsein der Zeitungsherausgeber bei der Ausübung der Meinungsfreiheit; verurteilt die gewalttätigen Ausschreitungen, die durch die Veröffentlichung der Karikaturen ausgelöst wurden;

8) fordert die europäischen Institutionen auf, darüber zu wachen, dass die öffentlichen Beihilfen und Darlehen für die Unterstützung der Partnerschaft Europa-Mittelmeer im Rahmen der Finanziellen Vorausschau 2007-2013 nicht gekürzt werden, da dies der politischen Priorität widersprechen würde, die der Partnerschaft eingeräumt wurde;

9) fordert die Regierungen der Mittelmeer-Partnerländer auf, die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Reformen fortzusetzen, die in Hinblick auf die Förderung privater Investitionen zur Unterstützung der genannten öffentlichen Mittel erforderlich sind;

10) bringt den Wunsch nach einem friedlichen Ablauf der bevorstehenden Wahlen in Israel zum Ausdruck.

\*\*\*\*

#### **Aufruf im Rahmen der außerordentlichen Tagung der PVEM in Rabat:**

„Die PVEM fordert den Europäischen Gipfel von Barcelona am 27./28. November 2005 daher auf, die notwendigen politischen Maßnahmen zu ergreifen, um:

1) den rechtlichen Rahmen zu schaffen, der erforderlich ist, um das Wirtschaftswachstum zu fördern und die Attraktivität der Region für ausländische Direktinvestitionen zu erhöhen; die Bemühungen aller Partner im Raum Europa-Mittelmeer für eine Verbesserung der wissensorientierten Ausbildung, der beruflichen Bildung und des Zugangs zu den neuen Technologien zu unterstützen und somit den Jugendlichen bessere Beschäftigungsperspektiven zu bieten;

2) tiefgreifende Wirtschaftsreformen und die Beseitigung von Hemmnissen zu unterstützen, um bis zum Jahr 2010 eine Freihandelszone Europa-Mittelmeer zu verwirklichen;

3) den Friedensprozess im Nahen Osten zu beleben und mit neuer Hoffnung zu erfüllen, indem der parlamentarische Dialog innerhalb der Partnerschaft Europa-Mittelmeer gestärkt und die Zivilgesellschaft der Region breiter beteiligt wird, um die betroffenen Parteien zusammenzubringen;

4) die parlamentarische Demokratie zu fördern, die Wahrung des Rechtsstaats, der Menschenrechte und der Grundfreiheiten, einschließlich der Meinungsfreiheit sowie die übrigen Verpflichtungen zu stärken, die sich aus dem Völkerrecht ergeben, insbesondere diejenigen, die aus regionalen und internationalen Abkommen erwachsen, deren Vertragsparteien alle europäischen Partner sind;

5) die Rechte der Frauen entschlossen zu fördern und ihre Mitwirkung am sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben zu ermöglichen; die Gleichstellung von Frauen und Männern ist wesentlicher Bestandteil einer verantwortungsvollen Regierungsführung;

6) innerhalb der Gesellschaft die notwendigen Kapazitäten zu schaffen, um wirksam auf Gesundheitsbedrohungen und Natur- und Umweltkatastrophen reagieren zu können, Frühwarnsysteme und bewährte Praktiken und eine verantwortungsvolle Führung innerhalb der Verwaltung auf nationaler und lokaler Ebene zu fördern;

7) ihre Rolle bei der Bekämpfung des Terrorismus durch die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in der Region Europa-Mittelmeer unter Wahrung der bürgerlichen Freiheiten auszubauen; die wirksame Umsetzung des Verhaltenskodexes zu unterstützen, der zur Bekämpfung des Terrorismus angenommen wurde;

8) eine Kultur der Toleranz zu fördern und dabei Bildungsmaßnahmen zu unterstützen, radikale Verhaltensweisen zu isolieren und in der Gesellschaft die Ablehnung jedes Aufrufs zur Gewalt zu fördern;

9) alle sozialen, wirtschaftlichen und politischen Akteure für die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (einschließlich des Antisemitismus und der Islamophobie) zu mobilisieren und sich auf ein gemeinsames Kulturerbe und die Wahrung der Vielfalt zu gründen, um ein echtes Bündnis der Zivilisationen zu erreichen; das Projekt der Vereinten Nationen einer Allianz der Zivilisationen und die Tätigkeiten der Anne-Lindh-Stiftung zu unterstützen, insbesondere im Bereich der Bildung und bei der Bekämpfung der Verbreitung falscher Wahrnehmungen und Klischees von Völkern in den Medien auf beiden Seiten des Mittelmeeres;

10) durch eine geeignete Integrationspolitik eine stärkere Zusammenarbeit bei der Migration zu fördern, damit die Rechte und Freiheiten von Zuwanderern, die sich rechtmäßig in der EU aufhalten, angemessen gewahrt werden, und damit diese ihrerseits die Pflichten wahrnehmen, die Bürgern der Gesellschaft, die sie aufgenommen hat, obliegen, und die Werte dieser Gesellschaft achten.“



**PARLAMEN­TARISCHE  
VERSAMMLUNG  
EUROPA-MITTELMEER**



Brüssel, 27. März 2006

## **EMPFEHLUNG**

der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer

### **zu den Ergebnissen des Gipfels von Barcelona und den Perspektiven der Partnerschaft Europa-Mittelmeer**

angenommen auf der Grundlage des im Namen des Politischen Ausschusses für  
Sicherheit und Menschenrechte

durch seine Vorsitzende, Frau Tokia SAÏFI, vorgelegten Entwurfs

**Die Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer (PVEM):**

- In Kenntnis der am 21. November 2005 in Rabat angenommenen Entschließung der PVEM über „Die Zukunft des Barcelona-Prozesses“ sowie der gleichzeitig verabschiedeten Erklärung des Präsidiums der PVEM, die an den Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Barcelona am 27. und 28. November 2005 gerichtet war,
- unter Hinweis auf die am 26. November 2005 in Barcelona verabschiedeten Schlussfolgerungen des Präsidiums der 5. Konferenz der Präsidenten der Parlamente des Europa-Mittelmeerraums,
- in Kenntnis des Fünfjahres-Arbeitsprogramms sowie des Verhaltenskodex zur Bekämpfung des Terrorismus, die auf dem Gipfel von Barcelona verabschiedet wurden,

**Zum Recht auf Meinungsfreiheit und Achtung des religiösen Bekenntnisses**

1. äußert ihre tiefe Besorgnis angesichts der Situation, die aufgrund der Publikation von Karikaturen, die die religiösen Gefühle der Moslems verletzen, in einer dänischen Zeitung entstanden ist, und verurteilt zugleich alle Tendenzen zur Aufstachelung zum Fremdenhass sowie die Veranstaltung gewalttätiger Demonstrationen, die bedauerlicherweise Menschenleben gekostet haben, und die Angriffe auf europäische Vertretungen in mehreren islamischen Ländern;
2. verurteilt entschieden jeden Angriff auf die religiösen Werte und moralischen Prinzipien und Gewissensgrundsätze und ruft zu einem verantwortlichen Umgang mit der Meinungsfreiheit auf und verurteilt zugleich entschlossen die Anwendung von Gewalt; fordert die Regierungen inständig auf, ihrer Verantwortung für die Achtung der religiösen Überzeugungen und Symbole im Kampf gegen die Aufstachelung zu religiösem Hass, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus gerecht zu werden und die Werte der Toleranz, der Freiheit und des Multikulturalismus aktiv zu fördern;
3. bekräftigt den gemeinsamen Standpunkt zur Ablehnung jeder Gleichsetzung des Terrorismus und des gewalttätigen Extremismus mit einer Religion oder Glaubensrichtung, einer Kultur, einer ethnischen Gruppe oder einer Nationalität;
4. erinnert daran, dass die Meinungsfreiheit ein wesentlicher Bestandteil jeder demokratischen, pluralistischen, toleranten und offenen Gesellschaft ist, und unterstreicht zugleich, dass die Wahrnehmung des Rechts auf Meinungsfreiheit Verpflichtungen und Verantwortung gegenüber der Achtung der Rechte Anderer mit sich bringt; erinnert diesbezüglich daran, dass die Erklärung von Barcelona von 1995 den Grundsatz der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Meinungs-, Gewissens- und Religionsfreiheit, sowie das Prinzip der Achtung der Vielfalt und des Pluralismus und die Förderung der Toleranz vorsieht, jener Grundsätze also, die von der überwiegenden Mehrheit unserer Bevölkerung geteilt werden, die jede Vision von Konflikten zwischen den Zivilisationen ablehnt; bedauert, dass diese Rechte vernachlässigt zu werden scheinen; unterstreicht die Notwendigkeit, unter Mitwirkung der entsprechenden Institutionen der Europäischen Union, der Organisation der Islamischen Konferenz, der Liga der Arabischen Staaten und der entsprechenden NRO die geeigneten Foren zu aktivieren, um diese Werte zu fördern und Mängel zu überwinden;

5. erinnert daran, dass die Meinungs-, Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verbrieft ist; verteidigt die Meinungsfreiheit als Grundwert und vertritt die Auffassung, dass sie in den Grenzen des Gesetzes ausgeübt werden und mit der persönlichen Verantwortung verbunden sein und sich auf die Achtung der Rechte und der Werte der Anderen gründen muss; erkennt an, dass das Gleichgewicht zwischen diesen Anliegen Gegenstand einer demokratisch geführten ständigen Debatte sein muss;
6. ist davon überzeugt, dass ein offener und transparenter Dialog und die gegenseitige Achtung die Mittel sind, um der gegenwärtigen Situation zu begegnen und zu vermeiden, dass derartige Erscheinungen sich wiederholen; erinnert daran, dass die PVEM der geeignete Ort ist, um gemeinsam für den Dialog zu wirken; unterstützt die Initiativen für den Dialog zwischen den Religionen, den Kulturen und den Gesellschaften im Hinblick auf eine Allianz der Zivilisationen;
7. fordert die Regierungen und die führenden Politiker auf, sich aller Erklärungen und Reden zu enthalten, die den Geist von Ausdrücken wie „Zusammenstoß der Zivilisationen“ oder „Konflikt der Zivilisationen“ in Erinnerung rufen;
8. ist der Auffassung, dass die Meinungsfreiheit und die Achtung der Religionen, einschließlich der Religionsfreiheit, Grundrechte für alle sind und demzufolge durch alle geachtet werden müssen und dass eine solche Haltung jede Diskriminierung ausschließt; appelliert an die politischen Verantwortlichen und die Medien, Provokationen aller Art gegen die Religion und den Glauben Anderer zu vermeiden und sich solchen Erscheinungen entgegenzustellen;
9. fordert die Partner aus Europa und dem Mittelmeerraum auf, entschlossen einen Aktionsplan zur Förderung der Information zu unterstützen, um die Gesellschaften in Europa und dem Mittelmeerraum dafür zu gewinnen, dass sie gemeinsam gegen Islamophobie und Aktionen gegen andere Religionen und Glaubensrichtungen auftreten;
10. ist überzeugt, dass der Dialog das einzige Mittel ist, um der gegenwärtigen Situation zu begegnen und zu vermeiden, dass derartige Erscheinungen sich wiederholen; erinnert daran, dass die PVEM das geeignete Forum darstellt, um gemeinsam für den Dialog zwischen den Religionen, den Kulturen und den Gesellschaften zu wirken;

#### **Zur Bilanz anlässlich des zehnten Jahrestages der Erklärung von Barcelona**

11. erinnert daran, dass das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs anlässlich des zehnten Jahrestages des Barcelona-Prozesses Gelegenheit bot, um trotz fortbestehender Schwierigkeiten und der begrenzten Ergebnisse des Gipfels das gemeinsame Engagement für die Partnerschaft zu bekräftigen;
12. begrüßt die Verabschiedung des Fünfjahres-Arbeitsprogramms und des Verhaltenskodex zur Bekämpfung des Terrorismus; ist der Auffassung, dass die Umsetzung dieses Kodex eine Überwachung sowie die Verabschiedung konkreter

Maßnahmen einschließt; verlangt, regelmäßig und im Voraus über derartige Schritte informiert zu werden; begrüßt zugleich die Verbreitung von Initiativen und Projekten der Zivilgesellschaft, die den zehnten Jahrestag der Erklärung von Barcelona gekennzeichnet haben und geeignet sind, den Barcelona-Prozess neu zu beleben;

13. ist der Auffassung, dass angesichts der Notwendigkeit der Wiederbelebung der Partnerschaft Europa-Mittelmeer der interparlamentarische Dialog ein wesentliches zusätzliches Instrument darstellt, um die Schwierigkeiten zu überwinden, die auf zwischenstaatliche Ebene aufgetreten sind;
14. äußert sich in diesem Zusammenhang erfreut über die Unterstützung, die die 5. Konferenz der Präsidenten der Parlamente des Europa-Mittelmeerraums, die am 26. November 2005 in Barcelona stattfand, für die Tätigkeit der PVEM zum Ausdruck brachte, und über die Tatsache, dass diese Konferenz in der PVEM die konkrete Umsetzung der parlamentarischen Dimension des Barcelona-Prozesses anerkennt;

#### **Zu den Perspektiven der Partnerschaft**

15. empfiehlt, dass die Umsetzung der Assoziierungsabkommen und der Europäischen Nachbarschaftspolitik sowie in ihrem Rahmen die Ausarbeitung der Aktionspläne den Barcelona-Prozess ergänzen und stärken, noch engere Beziehungen zwischen den Partnerländern begründen und die Süd-Süd-Zusammenarbeit mit Blick auf eine echte multilaterale und interregionale Zusammenarbeit weiter stärken können;
16. erinnert daran, dass die Europa-Mittelmeerpolitik über ein Budget verfügen muss, das ihren Ambitionen gerecht wird, und unterstreicht erneut die Notwendigkeit, dafür zu sorgen, dass die ab dem Jahr 2007 bereitgestellten Mittel es ermöglichen, alle im am 28. November 2005 in Barcelona verabschiedeten Fünfjahres-Arbeitsprogramm vorgesehenen Ziele wirksam umzusetzen;
17. vertritt die Auffassung, dass die Parlamentarier der PVEM eng in die Arbeiten der durch die Europäische Kommission für das Jahr 2006 vorgesehenen und durch das Netz EUROMESCO organisierten Konferenz über Menschenrechte, Demokratisierung und Zivilgesellschaft sowie in die beiden Euromed-Ministerkonferenzen über Gleichstellung und Migration eingebunden werden müssen; ist der Auffassung, dass eine solche Einbindung die Rolle und Erkennbarkeit der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer nur stärken kann;
18. fordert die Dynamisierung der Europa-Mittelmeer-Charta für Frieden und Stabilität, wobei dafür zu sorgen ist, dass einige arabische Konzepte und Forderungen hinsichtlich der Sicherheit und des Friedens im Mittelmeerraum aufgenommen werden müssen, denn sie legt das Schwergewicht auf die Prävention künftiger Konflikte und vernachlässigt die Beilegung der derzeitigen Konflikte, was im Widerspruch zu Geist und Buchstaben der Erklärung von Barcelona steht;

#### **Zum Nahost-Friedensprozess**

19. begrüßt es, dass die Parlamentswahlen in Palästina unter friedlichen Bedingungen abgelaufen sind, und würdigt die demokratische Transparenz und die hohe Wahlbeteiligung; unterstreicht die wichtige Rolle, die die internationalen Beobachtungsmissionen gespielt hat, vor allem die der Europäischen Union; nimmt die Ergebnisse dieser Wahlen zur Kenntnis;
20. fordert die neue palästinensische und die neue israelische Regierung auf, die in der Vergangenheit eingegangenen Verpflichtungen anzuerkennen und den von der Roadmap vorgezeichneten Weg zum Frieden fortzusetzen; fordert die internationale Gemeinschaft auf, den Willen des palästinensischen Volkes zu respektieren, Vorurteile zu vermeiden und einen evolutiven Ansatz gegenüber der demokratisch gewählten palästinensischen Führung zu verfolgen;
21. äußert Besorgnis über die für die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts ergriffenen einseitigen Initiativen und verurteilt die jüngsten Vorkommnisse in Jericho, die den Frieden bedrohen und den gesamten Barcelona-Prozess gefährden;
22. ist überzeugt, dass die bevorstehenden Parlamentswahlen in Israel unter besseren Bedingungen ablaufen werden, und hofft, dass ihr Ergebnis den Dialog mit der Palästinensischen Autonomiebehörde im Rahmen der Roadmap befördern wird;
23. fordert die vom Nahost-Friedensprozess betroffenen Parteien auf, ihr Engagement fortzusetzen, um zu einer friedlichen Zwei-Staaten-Lösung zu gelangen, und ruft dazu auf, auf die unter Bruch der Roadmap und der internationalen Legalität vor allem aus Wahlkampfgründen eingeleiteten einseitigen Initiativen zu verzichten;
24. appelliert an die internationale Gemeinschaft, das palästinensische Volk, dessen daniederliegende Wirtschaft die Grundbedürfnisse nicht befriedigen kann, auch weiterhin zu unterstützen; ist besorgt angesichts des Chaos, das durch eine Einstellung der Unterstützung sowie die illegale Einbehaltung ihm rechtmäßig zustehender Einnahmen entstehen könnte;
25. bekräftigt erneut die Bereitschaft und den Willen der PVEM als parlamentarisches Organ des Barcelona-Prozesses, ihren Beitrag zu den Nahost-Friedensverhandlungen zu leisten;

#### **Zur künftigen Tätigkeit der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer**

26. ist erfreut, nach zwei Jahren Tätigkeit der PVEM eine positive Bilanz ihrer politischen Arbeit und der Reformen hinsichtlich ihrer Geschäftsordnung und ihrer Finanzierung, vor allem ihres Beitrags zur Stärkung der parlamentarischen Dimension des Barcelona-Prozesses, ziehen zu können;
27. erinnert jedoch daran, dass weitere Anstrengungen unternommen werden müssen, um größeren Nutzen aus der Tätigkeit der PVEM zu ziehen und dem Barcelona-Prozess eine noch solidere parlamentarische Dimension zu verleihen, vor allem hinsichtlich der Kontinuität des Dialogs in ihren Reihen und der Zusammenarbeit mit den übrigen Institutionen des Barcelona-Prozesses, wie in dem vom Gipfel von Barcelona

verabschiedeten Fünfjahres-Arbeitsprogramm vorgesehen, und wünscht die Vertiefung der Tätigkeit der PVEM auf der Grundlage regelmäßiger Aktivitäten ihrer Organe; möchte in diese Arbeit die sozioökonomischen Akteure und die Zivilgesellschaft einbeziehen;

28. beauftragt ihren Präsidenten, die vorliegende Empfehlung dem Ministerrat der Europäischen Union, der Europäischen Kommission, den Parlamenten und Regierungen der am Barcelona-Prozess beteiligten Länder und dem Europäischen Parlament zu übermitteln.



**PARLAMENTARISCHE  
VERSAMMLUNG  
EUROPA-MITTELMEER**



Brüssel, 27. März 2006

## **EMPFEHLUNG**

der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer

### **„Wirtschaft und Finanzen, Soziales und Bildung“**

angenommen auf der Grundlage des Entwurfs, der im Auftrag des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen, Soziales und Bildung von dessen Vorsitzenden

Dr. Hashim Dabbas

vorgelegt wurde

Die Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer:

- unter Hinweis auf die am 20. November 2005 in Rabat angenommene Empfehlung,
- unter Hinweis auf seine Sitzung vom 30. Januar 2006 in Lissabon,

**Bildung:**

1. betrachtet die Analphabetenraten in den südlichen Ländern als Hindernis für die Entwicklung der Region; ist der Auffassung, dass die Modernisierung der Rechtsvorschriften im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung eine vorrangige Aufgabe und eine Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung in der Region darstellt; fordert aus diesem Grunde den Ausbau der Grundschulbildung und eine Erhöhung der Zahl der Bildungseinrichtungen im Sekundar- und Hochschulbereich;
2. ist der Auffassung, dass die Mitgliedstaaten zur Aufstellung von Programmen aufgefordert werden müssen, durch die den wirtschaftlich schwachen Gebieten geholfen werden kann, den Sekundar- und Hochschulbereich zu entwickeln und insbesondere Frauen aus sozial schwachen Bevölkerungsschichten den Zugang zu diesen Bildungseinrichtungen zu ermöglichen;
3. verweist nachdrücklich auf die Notwendigkeit einer inhaltlichen Überprüfung einer Reihe von Lehrplänen in den Europa-Mittelmeer-Ländern, die karikierende Darstellungen und Halbwahrheiten in Bezug auf einige ihrer Partner enthalten und damit eine Atmosphäre von Feindseligkeit und Hass schüren und greifbare Fortschritte bei der Herstellung gesunder Beziehungen zwischen den Europa-Mittelmeer-Partnerstaaten verhindern;
4. betont die Notwendigkeit von Austauschprogrammen für Studenten, Praktikanten und Arbeitnehmer als potenziellen Beitrag zur Anhebung des Wissensstandes; fordert die Unterstützung der bereits vorhandenen Programme TEMPUS, ERASMUS und MUNDUS und die Ausweitung dieser Programme auf den Sekundarbereich; ruft die Mitgliedstaaten der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer nachdrücklich auf, Austauschprogramme für Sekundarschullehrer und Hochschulprofessoren in den Bereichen Lehre und Orientierung zu fördern; betont ferner die Notwendigkeit, den akademischen Austausch sowie den Austausch zwischen akademischen und Forschungseinrichtungen zu fördern;
5. unterstreicht die Notwendigkeit eines nachhaltigen Engagements der europäischen Partner für die erforderliche materielle und technische Unterstützung der Reform und Entwicklung des Bildungswesens in den Mittelmeer-Ländern;
6. verweist auf die Bedeutung der Bildung und fordert die Parlamente der Europa-Mittelmeer-Region ebenso wie das Europäische Parlament auf, eine Evaluierung der aus dem MEDA-Programm finanzierten Bildungsprogramme vorzunehmen;
7. betont die Notwendigkeit des Aufbaus eines parlamentarischen Kooperationsnetzes in der Europa-Mittelmeer-Region zur Harmonisierung von Bildungsprogrammen; fordert außerdem den Aufbau eines regionalen Netzes von Jugendorganisationen, die sich für die Erhaltung nationaler und internationaler Werte im Interesse von Frieden, Gerechtigkeit, Gleichheit und Achtung des Rechts einsetzen;

8. betont die Notwendigkeit von Strategien zur Festigung der Zusammenarbeit zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor mit dem Ziel, das Niveau der Humanressourcen im Bildungswesen anzuheben;
9. empfiehlt, die Möglichkeit der Einbeziehung der südlichen Partnerländer in die Aktionen des Siebten Rahmenprogramms für Forschung und technologische Entwicklung zu prüfen;
10. befürwortet die Einrichtung eines Europa-Mittelmeer-Fonds für wissenschaftliche Forschung mit dem Ziel, zwischen den Hochschulen der Europa-Mittelmeer-Länder eine Gemeinschaft des Lernens zu schaffen, die Forscher in den südlichen Partnerländern zu unterstützen und ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern, die Leistungsfähigkeit der Hochschulen zu steigern und den kulturellen Austausch zwischen allen Hochschuleinrichtungen im Europa-Mittelmeer-Raum zu fördern;

#### **Soziale Stabilität und soziale Rechte**

11. ist der Auffassung, dass Beschäftigung und Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt wichtige Faktoren für soziale Stabilität und wirtschaftlichen Fortschritt sind, was für Männer und Frauen gleichermaßen gilt; fordert die Mitgliedstaaten der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer nachdrücklich auf, die sozialen Rechte der Frauen in ihre Verfassungen einzubinden;
12. verweist auf die Notwendigkeit einer verstärkten Unterstützung der südlichen Länder, um die soziale Entwicklung voranzutreiben und das Gefälle zwischen den südlichen und den nördlichen Ländern abzubauen sowie Armut und soziale Not in den südlichen Ländern zu verringern; fordert die Erarbeitung und Verbreitung einer auf den Mittelmeerraum zugeschnittenen Version der Millenniums-Entwicklungsziele (MEZ) und ruft die Europäische Kommission zur verstärkten materiellen Unterstützung derjenigen Völker des Mittelmeerraums auf, die besonders von den Problemen der Unterentwicklung betroffen sind;
13. ruft die Mitgliedstaaten zur Befolgung der Regeln der guten Regierungsführung auf und fordert die nördlichen Länder auf, technische Hilfe für die Länder zu leisten, die Unterstützung bei der Verwirklichung dieses Ziels benötigen;
14. empfiehlt im Interesse der Förderung des Wirtschaftswachstums und der Schaffung von Arbeitsplätzen in den südlichen Mittelmeerländern eine verstärkte Beachtung der Gesamtheit der Reformen und Instrumente, die erforderlich sind, um Investitionen aus Europa in das Gebiet zu holen, wozu auch die Stärkung der industriellen Zusammenarbeit zwischen beiden Ufern des Mittelmeers gehört;
15. fordert die konsequente Achtung der grundlegenden arbeitsrechtlichen Normen und sozialen Rechte als Teil der gemeinsamen Werte, auf denen die europäische Nachbarschaftspolitik und die Partnerschaften beruhen; fordert nachdrücklich die Einbeziehung aller betreffenden Partner in die Aktionspläne und appelliert an die Mitgliedstaaten der PVEM, alle internationalen Abkommen im Bereich der sozialen

- Rechte unter uneingeschränkter Achtung der Rechte von Frauen und Kindern zu verwirklichen;
16. fordert eine Aufstockung der Finanzmittel für die am wenigsten entwickelten Länder im südlichen Mittelmeerraum im Rahmen der Programme MEDA 1 und MEDA 2, um diesen Ländern bei der Bewältigung der Belastungen des Entwicklungsprozesses sowie bei der Modernisierung ihrer Industrie und der Einführung fortgeschrittener Technologien zu helfen;
  17. erkennt die Souveränität der Visapolitik der EU-Staaten und Nicht-EU-Staaten an, meint jedoch, dass die Freizügigkeit der Arbeitnehmer ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung und die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Gesellschaften zu beiden Seiten des Mittelmeers ist; vertritt die Auffassung, dass die Freizügigkeit der Arbeitnehmer besonders im Falle von Arbeitnehmern gefördert werden sollte, die einen Bedarf im Rahmen der Partnerschaft Europa-Mittelmeer decken; ist der Auffassung, dass die Schwierigkeiten von Bürgern der südlichen Mittelmeerländer bei der Erlangung von Visa für europäische Länder bei den sozialen Akteuren ein Gefühl der Ohnmacht und Frustration hervorruft und den sozio-kulturellen Dialog und Austausch ernsthaft unterminiert; bekräftigt daher die Notwendigkeit des Ausbaus der vorhandenen Zusammenarbeit im Rahmen der Assoziierungs- und Kooperationsabkommen zwecks Gewährleistung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer;
  18. ruft die Mittelmeerländer auf, sich um die Unterstützung des privaten Sektors zu bemühen, der Beschäftigungsmöglichkeiten bietet und damit allmählich eine Schlüsselrolle bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit übernimmt, was wiederum erheblich zur Sicherung der sozialen Stabilität beiträgt;
  19. hält die Aufnahme eines sozialen Dialogs zu beschäftigungs- und sozialpolitischen Fragen für erforderlich und ist der Ansicht, dass eine Analyse und Auswertung der Lage vorgenommen werden muss, um die wichtigsten Herausforderungen zu ermitteln und die Strategien in den Bereichen Armutsbekämpfung, Beschäftigung und sozialer Dialog sowie Arbeitsbedingungen und Sozialschutz zu harmonisieren;
  20. vertritt die Auffassung, dass soziale Angelegenheiten in den Europa-Mittelmeer-Ländern eine sensible Frage darstellen; ist vor diesem Hintergrund der Ansicht, dass der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen, Soziales und Bildung mit den nationalen Parlamenten und den entsprechenden Ausschüssen zusammenarbeiten muss, um die Prioritäten für das kommende Jahr festzulegen und den Rahmen für künftige Dialoge zu erarbeiten;

## Energie

21. bekräftigt die Bedeutung der Herstellung von Kooperationsbeziehungen zwischen den Mitgliedstaaten der PVEM im Bereich der Energieversorgung; fordert alle Mitgliedstaaten zur Förderung von Energieeffizienz, Energieeinsparungen und erneuerbaren Energien sowie zur Zusammenarbeit in diesen Bereichen auf; ist der Auffassung, dass die Zusammenarbeit auf Studien, Forschungsarbeit und Projekten zur Ermittlung energiepolitischer Alternativen beruhen sollte, was insbesondere angesichts der

steigenden Brennstoffpreise gilt, die sich unmittelbar auf die wirtschaftliche Entwicklung und den Lebensstandard in den Partnerländern auswirken;

22. stellt fest, dass die Abhängigkeit der meisten Mitgliedstaaten der PVEM von externen Energiequellen ständig zunimmt und die steigende Nachfrage nach externen Energielieferungen zusätzlichen Druck auf die vorhandenen Lieferwege ausübt; fordert die Schaffung neuer Routen, die die künftige Verfügbarkeit und die Preise von Energielieferungen beeinflussen können;
23. begrüßt die Bemühungen zur Schaffung eines Energiemarkts Europa-Mittelmeer, so beispielsweise die subregionalen Projekte zur schrittweisen Integration zwischen den Strommärkten der Maschrek- und Maghreb-Länder und der Europäischen Union; ist der Auffassung, dass dasselbe auch für die Gasmärkte im Maschrek und andere Energieprojekte insbesondere im Hinblick auf erneuerbare Energien gilt, die für die Länder der Region von Interesse sind;
24. begrüßt die Tatsache, dass die Europäische Investitionsbank (EIB) durch die Investitionsfazilität (FEMIP) im Rahmen des MEDA-Programms Projekte zur Entwicklung alternativer Energiequellen und zur Förderung einer effizienten Energienutzung finanziert, wobei durch die Einrichtung von Projektmanagementstellen konkrete Bemühungen um den Ausbau der institutionellen Kapazität der Marketingeinrichtungen und zur Erhöhung des Nutzeffekts dieser Projekte unternommen wurden;
25. ruft alle Mitgliedstaaten der PVEM auf, sich für die Grundprinzipien der Energiepolitik einzusetzen, die auf dem Energieforum vom April 2003 und auf der Ministerkonferenz des Energieforums Europa-Mittelmeer 2003 in Athen und 2004 in Rom verabschiedet wurden;
26. fordert die Mitgliedstaaten der PVEM und der EU nachdrücklich auf, im Rahmen der MEDA-Programme einen Schritt weiter zu gehen und das Potenzial erneuerbarer Energiequellen – insbesondere der Sonnenenergie – sowie die Energieeffizienz zu fördern, den Kyoto-Prozess zu unterstützen, ein rationelleres Nachfragemanagement im Energiebereich zu fördern, Regeln und Normen sowie Informationssysteme und Statistiken im Energiesektor der südlichen Mittelmeerländer zu harmonisieren;
27. fordert Maßnahmen zur Gewährleistung sicherer Energielieferungen im Interesse der Sicherheit und Nachhaltigkeit der Energieversorgung im Europa-Mittelmeer-Bereich sowie zur Erleichterung der Finanzierung von Energie-Infrastrukturen zwischen Süd und Nord sowie Süd und Süd; fordert außerdem zusätzliche technische Unterstützung für die Entwicklung von Energiestrategien Europa-Mittelmeer sowie die Annahme einer tragfähigen Agenda für eine Energiepartnerschaft Europa-Mittelmeer;
28. fordert die Einrichtung eines Fonds für die Unterstützung von Ländern, die vom starken Anstieg der Brennstoffpreise betroffen sind;
29. fordert die zufriedenstellende Lösung von Umweltproblemen im Zusammenhang mit der Ausweitung der Energielieferungen;

### **Freihandel und Wirtschaftsentwicklung**

30. fordert die Mitgliedstaaten der PVEM zur Umsetzung harmonisierter Vorschriften für Handel und Wettbewerb auf und hebt hervor, dass auf der 5. Europa-Mittelmeer-Konferenz der Handelsminister am 24. März 2004 in Marrakesch Wege zur Errichtung und Vollendung der Freihandelszone Europa-Mittelmeer bis 2010 und Möglichkeiten zur Verbesserung des Süd-Süd-Handels erörtert wurden;

begrüßt die Aufnahme offizieller Verhandlungen über ein Ergänzungsprotokoll zu den Assoziierungsabkommen, das die Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen und Investitionen vorsieht, sowie den Beschluss der Handelsminister zur Aufnahme von Verhandlungen über ein Abkommen über die Konformitätsbewertung, das für die Partnerländer eine Voraussetzung für die Steigerung ihrer Ausfuhren darstellt;

fordert eine umfassendere Liberalisierung des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen zwecks Vollendung einer echten Freihandelszone entsprechend den Verhandlungen und Ergebnissen der WTO;

31. ruft die Europäische Kommission und den Rat der EU zur Evaluierung der Studie über die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Errichtung einer Freihandelszone bis 2010 auf, die von der Universität Manchester durchgeführt wurde;

32. fordert eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der PVEM, der Europäischen Kommission und der Präsidentschaft der Europäischen Union auf verschiedenen Gebieten, darunter insbesondere im wirtschaftlichen Bereich;

33. fordert eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem auf der PVEM-Plenarsitzung in Kairo gegründeten Ad-hoc-Ausschuss für die Rechte der Frau mit dem Ziel, die Rolle der Frauen in Gesellschaft und Entwicklung und insbesondere im wirtschaftlichen Bereich zu fördern;

34. bekräftigt die Notwendigkeit einer fortgesetzten finanziellen Unterstützung für die Völker der Mitgliedstaaten der PVEM in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Infrastruktur und nimmt mit Wohlwollen die kontinuierliche finanzielle Unterstützung der EU für das palästinensische Volk zur Kenntnis;

35. fordert die Intensivierung der Kontakte zwischen dem Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen, Soziales und Bildung und den Außenministern der Europa-Mittelmeer-Länder zur Umsetzung der Empfehlungen des Ausschusses;

36. fordert die Entwicklung von Rechtsvorschriften und Mechanismen für Direktinvestitionen und die gleichzeitige Schaffung von Anreizen für die Lenkung privater Investitionen; ruft auch die EU-Mitgliedstaaten auf, ihre Märkte entsprechend dem Grundsatz des freien Handels für die Erzeugnisse der Mittelmeerstaaten zu öffnen;

37. befürwortet die Aufnahme einer Zusammenarbeit der Partnerstaaten im Umweltbereich, wobei der aquatischen Umwelt besondere Beachtung zukommen sollte, indem eine

gemeinsame Bestandsaufnahme sowie quantitative und qualitative Gewässerkontrollen durchgeführt werden;

38. ruft die Partnerschaft auf, sich neuen Themenbereichen zuzuwenden, so beispielsweise den kleinen und mittleren Unternehmen im Europa-Mittelmeer-Raum;
39. betont die Notwendigkeit eines koordinierten Programms zur Bewältigung von Naturkatastrophen im Europa-Mittelmeer-Raum;
40. hebt hervor, dass die Partnerschaftsübereinkommen zur Entwicklung produktiver industrieller Strukturen in den Mittelmeerländern beitragen müssen;
41. ruft die Mitgliedstaaten der PVEM auf, dem Geflügel- bzw. Agrarsektor im Falle des Ausbruchs von Vogelgrippe und insbesondere bei Auftreten des hochpathogenen und tödlichen H5N1-Stamms erforderlichenfalls Entschädigung zu zahlen, um eine wirksame Durchführung aller Präventiv-, Überwachungs- und Notfallmaßnahmen zu ermöglichen und so die Ausbreitung der Vogelgrippe in der Region zu verhindern;
42. fordert den Abschluss aller Verfahren zur Annahme und Durchführung des Assoziierungsabkommens mit Syrien im Rahmen der Partnerschaft Europa-Mittelmeer.



**PARLAMENTARISCHE  
VERSAMMLUNG  
EUROPA-MITTELMEER**



Brüssel, den 27. März 2006

## **EMPFEHLUNG**

der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer

### **zur Verbesserung der Lebensqualität, Austausch zwischen den Zivilgesellschaften und Kultur**

angenommen auf der Grundlage des Entwurfs, der im Namen des Ausschusses für die  
Verbesserung der Lebensqualität, des Austauschs zwischen den Menschen und der  
Kultur vorgelegt wurde

von Mario GRECO, Vorsitzender

**Die Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer**

- unter Hinweis auf seine vorangegangenen Entschlüsse, angenommen in Kairo am 15. März 2005 bzw. in Rabat am 21. November 2005;
- unter Hinweis insbesondere auf Absatz 20 der in Rabat angenommenen Entschlüsse, in der gefordert wurde, eine außerordentliche Sitzung des Ausschusses abzuhalten, um das Thema der Migrationsströme zu erörtern;
- in Kenntnis der Mitteilung der Europäischen Kommission vom 30. November 2005 mit dem Titel „Vorrangige Maßnahmen zur Lösung von Migrationsproblemen: Erste Maßnahmen nach Hampton Court“ (KOM (2005) 621);
- unter Berücksichtigung der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Brüssel am 15./16. Dezember 2005 und insbesondere des Dokuments mit dem Titel „Gesamtansatz zur Migrationsfrage: Vorrangige Maßnahmen mit Schwerpunkt Afrika und Mittelmeerraum“, das diesen Schlussfolgerungen als Anlage beigelegt ist;
- unter Hinweis auf die Erklärung des Präsidiums der PVEM vom 6. Februar 2006 über die Veröffentlichung beleidigender Karikaturen in einigen europäischen Medien;
- unter Berücksichtigung des Entwurfs einer Entschlüsse zum Thema „Katastrophenschutz und Vorbeugung von Natur- und Umweltkatastrophen in der Region Europa-Mittelmeer“, vorgelegt von Antonios Trakatellis im Namen der Arbeitsgruppe 5;
- unter Berücksichtigung des Entwurfs einer Entschlüsse zu den Modalitäten für die Beteiligung der PVEM an den Gremien der Anna-Lindh-Stiftung Europa-Mittelmeer für den Dialog zwischen Kulturen, vorgelegt von Bernard Deflesselles im Namen der Arbeitsgruppe 6;
- unter Berücksichtigung des Schreibens von Hélène Flautre an den Präsidenten der PVEM, Josep Borrell, vom 16. November 2005, in dem vorgeschlagen wird, ein „Jugendparlament Europa-Mittelmeer“ in Straßburg zu veranstalten;
- unter Hinweis auf die Mitteilungen des Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Franco Frattini, zuständig für Recht, Freiheit und Sicherheit, in der Sitzung des Ausschusses vom 27. Februar 2006 und der anschließenden Aussprache:

**Zum Thema Steuerung der Migrationsströme:**

1. nimmt die diesbezüglich von der Europäischen Kommission angekündigten Initiativen und die Beschlüsse zur Kenntnis, die auf der informellen Ratstagung von Hampton Court und dem Europäischen Rat von Brüssel am 15./16. Dezember 2005 getroffen wurden;
2. begrüßt die Verpflichtung der Europäischen Union zugunsten einer verstärkten Zusammenarbeit mit den Partnern im südlichen Mittelmeerraum, die in einigen Fällen von reinen Transitländern zu Endstationen massiver Migrationswellen geworden sind; unterstreicht ebenfalls, dass diese Zusammenarbeit den Charakter einer echten Partnerschaft haben muss, in deren Rahmen Maßnahmen und Programme unter Beteiligung der betroffenen Parteien und unter Wahrung des Grundsatzes der Mitverantwortung und der Solidarität aufgestellt und umgesetzt werden, um Kapazitäten für eine bessere Kontrolle der Migration aufzubauen;
3. bekräftigt die Notwendigkeit, das Phänomen der Migration in seinen Zusammenhang einzuordnen, und dabei in erster Linie die Bedürfnisse des Herkunftslandes zu berücksichtigen, um eine globale Strategie festzulegen, die den wirtschaftlichen, aber auch den politischen, sozialen und ökologischen Faktoren der großen Migrationsströme Rechnung trägt;
4. verpflichtet die Mitgliedstaaten der Partnerschaft Europa-Mittelmeer, eine Strategie der partnerschaftlichen Entwicklung umzusetzen, deren Hauptziele die Bekämpfung der Armut, die Prävention von Konflikten, die Konsolidierung der demokratischen Staaten sowie die Wahrung des Rechts der Minderheiten, der Frauen und der Kinder sein müssen;
5. bekräftigt, dass es dringend notwendig ist, eine integrierte Strategie zu beschließen, um der illegalen Migration entgegenzusteuern; Prioritäten sollten dabei sein: Verbesserung der Infrastruktur in den Herkunftsländern, da sie für die Entwicklung unabdingbar ist, Stärkung der produktiven Investitionen in den Entwicklungsländern im südlichen Mittelmeerraum, Aufstockung der europäischen Mittel für die Förderungen der Sozialdienste, vor allem Bildung und Gesundheitsversorgung, in den Ländern im südlichen Mittelmeerraum;
6. unterstreicht die Wichtigkeit, die europäischen Finanz- und Sachhilfen zur Kofinanzierung der Programme für die Länder am Südufer des Mittelmeers zu erhöhen, um den Entwicklungsprozess zu reaktivieren und zu fördern sowie die nationalen Industrien wiederaufzubauen, und unterstreicht ferner die Notwendigkeit, eine strukturelle Lösung für das Problem der Verschuldung zu finden, das ein großes Hindernis für die Entwicklung auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene ist;
7. bewertet die Maßnahmen als positiv, die zur Bekämpfung des Menschenhandels vorgeschlagen wurden, insbesondere zu den Kontrollfahrten an den Küsten des Mittelmeers und der gemeinsamen Nutzung der Satellitenortungstechnik, und spricht sich dafür aus, diese Maßnahmen vor allem präventiv einzusetzen, um festzustellen, woher die illegale Migration stammt, und wirksam gegen die Händlerorganisationen

- vorzugehen, und hält die Schaffung bzw. Aktualisierung von Rechtsvorschriften zu diesem Zweck für wichtig;
8. unterstreicht, dass das gemeinsame Bedürfnis, einen Rahmen der Legalität bei der Steuerung der Migrationsströme sicherzustellen, niemals zu Lasten der Wahrung der Grundrechte, die alle Migranten, auch die illegalen, ohne Unterschied besitzen, des Rechts des Einzelnen, Asyl zu beantragen sowie des Rechts auf eine sichere Rückkehr gehen darf;
  9. spricht sich dafür aus, baldmöglichst schnelle Eingreiftruppen einzurichten und angemessene Mittel bereitzustellen, die bei einem massiven und unerwarteten Zufluss von Migranten in der Lage sind, rasch zu reagieren und bestimmte unverzichtbare Dienstleistungen zu erbringen, die von Dolmetschleistungen bis zur medizinischen Versorgung reichen. In diesem Rahmen müssen für die Verwaltung der Strukturen zur Aufnahme der Migranten einheitliche Kriterien bestehen, die sich in erster Linie auf die uneingeschränkte Achtung der Würde und der Rechte der Migranten stützen;
  10. begrüßt die Annahme europäischer Rechtsvorschriften, mit denen ein gemeinsames Verfahren für die Prüfung von Anträgen in Hinblick auf die Anerkennung des Flüchtlingsstatus begründet wird, und fordert die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die dies noch nicht getan haben, auf, ihre Vorschriften und Verwaltungsstrukturen dementsprechend anzupassen;
  11. empfiehlt die Einrichtung eines Instruments zur Lastenteilung, mit dem die Aufteilung der Asylbewerber unter den EU-Mitgliedstaaten im Verhältnis zu Größe, Bevölkerungsdichte und BSP der Länder koordiniert wird;
  12. unterstreicht nachdrücklich, dass die Gesetzesvorschläge für die Bekämpfung der illegalen Einwanderung von Vorschlägen flankiert werden müssen, die im Bereich der Steuerung legaler Migrationsströme und der Integration legal ansässiger Migranten ebenso aussagekräftig sind;
  13. weist darauf hin, dass es selbstverständlich den einzelnen Staaten obliegt, die Quoten für die Migranten festzulegen, die auf ihren jeweiligen Arbeitsmärkten benötigt werden, jedoch sollten die Bestimmungen und Grundsätze für den Zugang der Migranten zu diesen Märkten einvernehmlich festgelegt und gemeinsame Instrumente zur Bekämpfung der rechtswidrigen Ausbeutung der Arbeitnehmer vorbereitet werden, die eine rechtmäßige Aufenthaltserlaubnis besitzen;
  14. betont, dass die Steuerung der Migrationsströme eine höhere Wirksamkeit entfalten wird, wenn sie von einer gründlichen Analyse der verfügbaren Arbeitskraft und der Möglichkeiten begleitet wird, die die europäischen Rechtsvorschriften und die der Aufnahmeländer bieten. Zu diesem Zweck erscheint es besonders notwendig, einen strategischen Plan für die Einstellung von Arbeitnehmern aufzustellen und dabei die langfristigen Folgen der Abwanderung von Fachkräften aus den Herkunftsländern zu berücksichtigen;

15. teilt die Auffassung, dass ein Prozess der „staatsbürgerlichen Integration“ der Migranten notwendig ist, zu dem eine umfassende Kenntnis, das Verständnis und die Einhaltung der Rechtsnormen des Aufnahmelandes, aber auch der Schutz ihres kulturellen Erbes gehören, das einen wertvollen Beitrag zum Reichtum und der Vielschichtigkeit der Erfahrungen und Werte leistet, aus denen jede moderne Gesellschaft schöpfen können muss;
16. betont die Notwendigkeit, eine Integrationspolitik zu fördern, die sich auf die Nichtdiskriminierung der Migranten und auf Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit gründet;
17. hält es für unverzichtbar, eine echte europäische Strategie der Integration zu konzipieren, die in einer wirksamen Wohnungspolitik und einem kostenlosen Zugang der Migranten und Familien zu Bildung und sozialen Diensten zum Ausdruck kommt; spricht sich dafür aus, dass die Quote für den Integrationsfonds nach den Verhandlungen über die Finanzielle Vorausschau 2007-2013 nahe der Obergrenze liegt, die die Europäische Kommission vorgeschlagen hat;

#### Zum Thema religiöse Dimension des Dialogs zwischen Kulturen und Zivilisationen

18. unterstreicht, dass die Meinungsfreiheit, die Pressefreiheit und die Religionsfreiheit wichtige Werte für die Demokratie darstellen, die gleichfalls gewahrt werden müssen, und ein grundlegender Bestandteil der Identität eines jeden sowie der fundamentalen Grundsätze der Partnerschaft Europa-Mittelmeer sind; ist der Ansicht, dass diese stets innerhalb der Grenzen des Gesetzes, verantwortungsvoll und unter Achtung der Menschenrechte und der religiösen Überzeugungen und Gefühle ausgeübt werden müssen und einen wahrhaften Dialog sowie Harmonie zwischen den verschiedenen Kulturen und Glaubensüberzeugungen und -gemeinschaften bedingen;
19. verurteilt den Inhalt der in einigen europäischen Zeitungen veröffentlichten Zeichnungen, die für den Islam beleidigend sind, und die äußerst unpassend sind, da sie einer willkürlichen und abzulehnenden Gleichsetzung von Islam und Terrorismus Vorschub leisten; verurteilt ferner mit äußerster Schärfe die gewalttätigen und aggressiven Ausschreitungen gegenüber Personen, Botschaften und Symbolen der nationalen oder europäischen Identität; diese Handlungen können unter keinen Umständen gebilligt werden;
20. fordert ein stärkeres Engagement aller Partner des Barcelona-Prozesses, damit die Medien uneingeschränkt in den Dialog für eine bessere Kenntnis zwischen den verschiedenen Zivilisationen einbezogen und darin bestärkt werden, jegliche Darstellung von Kulturen und Glaubensgemeinschaften zu vermeiden, die das gegenseitige Unwissen und Unverständnis verstärken;
21. ruft die Regierungen dazu auf, jede Form von Gewalt, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entschlossen zu verurteilen, einen friedlichen Dialog zu fördern und auf den Aufbau einer demokratischen, pluralistischen und toleranten Gesellschaft hinzuwirken;

22. begrüßt die Initiativen, die der österreichische Ratsvorsitz der EU angekündigt hat, der eine Begegnung zwischen den Imamen der wichtigsten europäischen Moscheen und eine große Konferenz zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz gegenüber Religionen veranstaltet; bringt den Wunsch zum Ausdruck, dass diese Initiativen die europäischen Verhandlungen im Bereich der Bekämpfung jeder Form von Intoleranz wiederbeleben und fordert, dass eine Delegation der PVEM eingeladen wird, an den beiden Veranstaltungen teilzunehmen;
23. spricht sich für die Einrichtung eines Ad-hoc-Ausschusses aus, der sich aus Weisen und Sachverständigen beider Seiten des Mittelmeers zusammensetzt, um das gegenseitige Verständnis zwischen den Völkern und den Dialog und die Vermittlung zwischen den Kulturen zu intensivieren und fordert die Anna-Lindh-Stiftung Europa-Mittelmeer auf, die notwendigen Schritte für seine Einrichtung einzuleiten;
24. äußert den Wunsch, dass kein politischer Verantwortlicher der Mitgliedstaaten des Barcelona-Prozesses Handlungen oder Verhaltensweisen an den Tag legt, die Religionen beleidigen und/oder in der jeweiligen öffentlichen Meinung feindselige Äußerungen provozieren und dabei den Eindruck vermitteln, dass die Beziehungen zwischen den beiden Ufern des Mittelmeers von Konfrontation und Konflikten statt von einem Dialog geprägt sind;
25. fordert die Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf, die Nichtregierungsorganisation von Zuwanderern aus den Mittelmeerländern zu unterstützen, damit sie bei der Förderung des interkulturellen Dialogs in den Bestimmungs- und Herkunftsländern eine wichtige Rolle übernehmen;
26. begrüßt und unterstützt alle Initiativen wie die „Allianz der Zivilisationen“, eine gemeinsam von der Türkei und Spanien unterstützte Initiative unter der Schirmherrschaft des UN-Generalsekretärs, sowie die „Message d'Amman“, und ist der Auffassung, dass ein Instrument zur Stärkung der Bestrebungen und Ziele der Partnerschaft Europa-Mittelmeer und zur Förderung des interkulturellen Dialogs sein können;

Abschließend,

27. bringt seine uneingeschränkte Unterstützung für die Entschließung der Arbeitsgruppe „Katastrophenschutz und Verhütung von Natur- und Umweltkatastrophen in der Region Europa-Mittelmeer“ zum Ausdruck und ruft die Mitgliedstaaten des Barcelona-Prozesses, den Rat, die Europäische Kommission und die Euromed-Ministerkonferenz dazu auf, sie bei der Verstärkung der Zusammenarbeit im Bereich Katastrophenschutz umfassend zu berücksichtigen, und dabei die verschiedenen nationalen Kapazitäten und die Mittel der Partner für den Katastrophenschutz zu nutzen;
28. unterstützt ebenfalls nachdrücklich die Entschließung der Arbeitsgruppe „Modalitäten der Beteiligung der PVEM an den Gremien der Anna-Lindh-Stiftung

Europa-Mittelmeer für den Dialog zwischen den Kulturen“ und fordert das Präsidium der PVEM auf, umgehend Initiativen zu ergreifen, um die Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe vollständig umzusetzen;

29. begrüßt schließlich den Vorschlag, im Plenarsaal des Europäischen Parlaments in Straßburg ein „Jugendparlament Europa-Mittelmeer“ zu veranstalten; spricht sich dafür aus, diese Initiative unter umfassender Beteiligung der Gremien, die im Bereich des kulturellen Austauschs zwischen Jugendlichen am stärksten engagiert sind, umgehend umzusetzen, und ähnliche Initiativen, wenn möglich unter Nutzung der bereits bestehenden Instrumente, wie des Programms Euroscola des Europäischen Parlaments, zu ergreifen.

**Rede von Fouad Mebazaa,  
Präsident der tunesischen Abgeordnetenkammer,  
bei der zweiten Plenartagung  
der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer  
Brüssel, 27. März 2006**

**Tunesische Republik  
Abgeordnetenversammlung**

**Brüssel, 27. März 2006**

**Rede von Fouad Mebazaa,  
Präsident der Abgeordnetenversammlung,  
bei der zweiten Plenartagung  
der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer**

**Sehr geehrter Herr Präsident,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

sowohl in meinem Namen als auch im Namen der Mitglieder der tunesischen Delegation möchte ich den Stolz darüber zum Ausdruck zu bringen, dass wir an der zweiten Tagung der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer teilnehmen. Außerdem möchte ich Ihnen die Grüße Ihrer Kollegen in der tunesischen Abgeordnetenversammlung überbringen.

Wir sind sehr stolz angesichts der Ehre, die Präsidentschaft der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer zu übernehmen. Und wir sind fest entschlossen, die Bemühungen fortzuführen und dieses Jahr mir Initiativen und Aktivitäten zu bereichern.

Wir vertrauen auf Ihre Zusammenarbeit und Ihr Engagement beim Zusammentragen all jener Faktoren, die die Länder auf beiden Seiten des Mittelmeers näher zusammenbringen und die die Zusammenarbeit, die Solidarität und das Verständnis zwischen uns und unseren Völkern stärken.

Gestatten Sie mir bitte auch, dem Präsidenten des Europäischen Parlaments Josep Borrell Fontelles für seine Bemühungen und seinen energischen Einsatz während der vorangegangenen Präsidentschaft zu danken.

Außerdem möchte ich die Gelegenheit ergreifen, um das Engagement von Dr. Ahmed Fathi Sourour zu würdigen, mit dem er während seiner Präsidentschaft in der ersten Amtsperiode vom März 2004 bis zum März 2005 die Konstituierung unseres Gremiums vorangetrieben hat.

Ich grüße auch die Vorsitzenden und Mitglieder der Ausschüsse und Arbeitsgruppen, die soviel Zeit auf die Beschäftigung mit den unterschiedlichen Empfehlungen verwendet und auf diese Weise die Arbeit des Präsidiums und der Plenarsitzung erleichtert haben. Ich hoffe, dass diese Bemühungen fortgeführt und durch die Annahme eines Arbeitsprogramms für das kommende Jahr noch unterstützt werden, dessen Schwerpunkt auf den folgenden Themen liegt:

- 1) Abhaltung einer erweiterten Sitzung in der ersten Maiwoche.
- 2) Abhaltung von zwei Sitzungen jedes Ausschusses im Juni und September 2006 sowie im März 2007 unmittelbar vor der dritten Tagung der Parlamentarischen Versammlung.
- 3) Abhaltung von Sitzungen der Arbeitsgruppen, die die Bearbeitung der ihnen vorgelegten Themen nicht abgeschlossen haben.
- 4) Bildung neuer Arbeitsgruppen, wo zur Bearbeitung neuer Themen notwendig, mit denen die Partnerschaft Europa-Mittelmeer intensiviert und unsere Völker einander nähergebracht werden sollen. Aus diesem Anlass hat der tunesische Vorsitz begonnen, sich über entsprechende Themen Gedanken zu machen, die wir bei der nächsten Sitzung des Präsidiums vorstellen werden.

**Sehr geehrter Herr Präsident,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

unsere Rolle bei der Förderung des euro-mediterranen Dialogs besteht darin, unsere Anstrengungen und Bemühungen stärker zu bündeln und alle politischen Kräfte für das Ziel zu sensibilisieren, den Dialog zu einem Ausgangspunkt eines wirklichen vielseitigen Kooperations- und Partnerschaftsprozesses zu machen, der das Recht auf Entwicklung als umfassendes Konzept sowie die Menschenrechte mit all ihren einander ergänzenden Dimensionen umfasst: die politische, die wirtschaftliche, die gesellschaftliche und die kulturelle Ebene, zusätzlich zu den Erfordernissen Sicherheit, sichere Umwelt und nachhaltige Entwicklung.

Uns beschäftigen vor allem die folgenden Themen:

- Die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Europäischer Union und den südlichen Ländern in finanzieller Hinsicht sowie in Bezug auf Investitionen, um diese Zusammenarbeit für die strategische Dimension dieser Region durch die Festigung einer gleichberechtigten Partnerschaft und einer gleichberechtigten Beziehung im Hinblick auf die Entwicklung wirksamer und effizienter zu machen. Dies trägt auch zur horizontalen und vertikalen Integration bei und führt die betroffenen Länder allmählich auf eine euro-mediterranen Freihandelszone hin.

Vor diesem Hintergrund bin ich überzeugt, dass die Umwandlung der Investitions- und Partnerschaftsfazilität Europa-Mittelmeer (FEMIP) in eine euro-mediterrane Investitionsbank die Konkretisierung dieser fruchtbaren Zusammenarbeit in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Solidarität und der Gerechtigkeit ermöglichen wird, wie in der Erklärung von Barcelona ausgeführt.

- Intensivierung des Dialogs zwischen den Kulturen und Zivilisationen mit dem Ziel einer echten Versöhnung im Mittelmeerraum.

- Entwicklung eines neuen Verständnisses von Immigration und Anerkennung der großen Bedeutung der Einwanderung für die Entwicklung im Norden.

- Bekämpfung des Extremismus sowie Initiativen zur Etablierung und Stärkung einer Kultur der Toleranz.

- Betrachtung von Informationen und Kommunikation als Mittel zur Versöhnung und nicht als Instrument zur Spaltung. In diesem Zusammenhang liegt es an uns, den Abgeordneten, auf die Notwendigkeit eines wirklichen Verständnisses für die Presse- und Meinungsfreiheit als Mittel für Kommunikation und Dialog aufmerksam zu machen, die sich auf Verantwortungsbewusstsein und Respekt für die Kultur und die Religion Anderer gründen. Außerdem muss betont werden, wie wichtig es ist, dass diese Freiheit auch genutzt wird, um die Brücken der Annäherung zwischen den Völkern im Sinne von Frieden und Sicherheit in der Welt zu festigen.

**Sehr geehrter Herr Präsident,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

um im Mittelmeerraum Frieden und Sicherheit zu erlangen, bedarf es vor allem einer Verpflichtung zur internationalen Legitimität, zusätzlich zum Engagement für den Frieden als strategische Alternative, indem alle Beteiligten Verantwortung dafür übernehmen, dass eine umfassende, gerechte Lösung für den palästinensisch-israelischen Konflikt gefunden wird. Außerdem müssen Syrien und der Libanon sämtliche Teile ihres Landes zurückerhalten, und das irakische Volk muss unterstützt werden, seine derzeitige schwierige Situation zu überwinden, damit es die Angelegenheiten des Landes regeln, seine nationalen Institutionen stärken und sich ausschließlich mit dem Wiederaufbau seines Landes befassen kann.

**Sehr geehrter Herr Präsident,  
meine Damen und Herren,**

wir glauben, dass Frieden, Sicherheit und Entwicklung in einer organischen Beziehung zueinander stehen. Zur Stabilisierung der Region ist auch eine Minderung des wirtschaftlichen Ungleichgewichts zwischen den Ländern nördlich und südlich des Mittelmeers erforderlich, sowie die Schaffung eines Raums, der sich durch eine gerechtere Vermögensverteilung auszeichnet, sodass es im Hinblick auf Bildung und Ausbildung, Arbeit,

Gesundheit und Stabilität für die kommenden Generationen Anlass zur Hoffnung darauf gibt, dass alle Ursachen für Verzweiflung und Frustration ausgemerzt werden können.

Die Gefühle der Verzweiflung und der Eindruck, am Rand der Gesellschaft zu stehen, die einige Jugendliche in südlichen Mittelmeerländern empfinden, gehören zu den Ursachen dafür, dass sie extremistische Ansichten übernehmen und sich dem Terrorismus zuwenden oder illegal in ein anderes Land einwandern. Vor diesem Hintergrund ist die Initiative seiner Exzellenz, des Präsidenten der Tunesischen Republik, einen Weltsolidaritätsfonds zu gründen, der von der Generalversammlung der Vereinten Nationen in der Resolution Nr. 57/256 bei ihrer Sitzung in New York am 20. Dezember 2002 angenommen wurde, als Teil der Bemühungen zu sehen, mit denen die Mechanismen menschlichen Eingreifens und der Armutsbekämpfung in den ärmsten, am stärksten benachteiligten Teilen der Welt gestärkt werden sollen, damit diese sich wirksam in den weltwirtschaftlichen Kreislauf einbringen können. Daher ergreife ich die Gelegenheit, meine europäisch-mediterranen Abgeordnetenkollegen zu bitten, ihre Regierungen dafür zu motivieren, sich am Fonds zu beteiligen, damit dieser einen wirklichen Anfang finden kann.

**Sehr geehrter Herr Präsident,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

ich möchte abschließend noch einmal meine Überzeugung betonen, dass der tunesische Vorsitz der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer zu einer Intensivierung des Dialogs beitragen wird – dank unseres aufrichtigen Willens, Zusammenarbeit, Solidarität und Verständnis zwischen den Völkern auf beiden Seiten des Mittelmeeres zu stärken.

**Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.**



## **Rede von José Moisés Martín**

Präsident der nichtstaatlichen Plattform Euromed

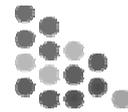
### **Plenartagung der Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung**

*Brüssel, 27. März 2006*

---

**Gesellschaftssitz**  
c/o Maison de l'Europe de Paris  
35-37, rue des Francs-Bourgeois  
F-75004 Paris  
[www.euromedforum.org](http://www.euromedforum.org)

**Verwaltungssitz**  
41, rue Emile Zola  
F- 93100 Montreuil  
Tél +33 1 48 18 72 07 Fax +33 1 48 57 52 48  
[coordinateur@euromedplatform.org](mailto:coordinateur@euromedplatform.org)



Herr Präsident,

verehrte Mitglieder der Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung,

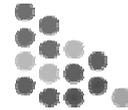
als Vertreter der nichtstaatlichen Plattform Euromed ist es für mich eine große Ehre, heute unter Ihnen zu weilen; ich danke Ihnen sehr für die freundliche Einladung, auf der Plenartagung der Plattform das Wort ergreifen zu dürfen.

Die Euromediterrane Parlamentarische Versammlung, die ihre Arbeit im Laufe des Jahres 2005 und zu Beginn des Jahres 2006 weiter konsolidiert hat, ist ein Hoffnungsträger für all diejenigen, die wie wir daran glauben, sich dafür einsetzen und davon träumen, dass es eine Mittelmeerregion geben wird, die vom Albtraum von Menschenrechtsverletzungen, von Unterdrückung und Ungerechtigkeit befreit ist. Sie als Vertreter der Völker der Europäischen Union und der Mittelmeerstaaten sprechen mit Ihrer Stimme für Millionen von Bürgerinnen und Bürger, die eine Zukunft des Friedens, des Wohlstands und der Freiheit für die Völker in der Region herbeisehnen. Ich danke Ihnen, dass Sie uns an diesem Projekt teilhaben lassen und dafür, dass Sie für die Stimme, die Erwartungen und die Ziele der Bürger in der Zivilgesellschaft so große Sympathie empfinden.

Wie Sie wissen, ist die nichtstaatliche Plattform Euromed Ergebnis einer gemeinsamen Anstrengung von Hunderten von sozialen Institutionen, Gewerkschafts-, Jugend- und Frauenorganisationen auf beiden Seiten des Mittelmeers; nach einem mehr als drei Jahre dauernden Prozess mündete sie in der konstituierenden Sitzung der Plattform, die im Rahmen des Euromediterranen Bürgerforums im Mai 2005 in Luxemburg abgehalten wurde. Ihre demokratische Arbeitsweise wird durch die Geschäftsordnung und die Charta der Grundsätze geregelt, die 2004 in Limassol, Zypern, verabschiedet wurde.

Die nichtstaatliche Plattform Euromed hat sich bei ihrer Tätigkeit von Anfang an auf die Erreichung ihrer Ziele konzentriert: erstens, Förderung der Demokratie, Achtung der Menschenrechte, Frieden und nachhaltige Entwicklung als Kernelemente und Stützpfeiler der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft durch die aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft am Barcelona-Prozess.

Zweitens, Schaffung von Abstimmungs-, Koordinierungs- und Konsultationsmechanismen zwischen den Organisationen der Zivilgesellschaft auf beiden Seiten des Mittelmeers sowie zwischen der Zivilgesellschaft und den Institutionen, die den Barcelona-Prozess steuern.



Drittens, Stärkung der Bande der Zusammenarbeit und der eigenen Fähigkeiten der Organisationen der Zivilgesellschaft, die für die Weiterentwicklung der Ziele der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft unerlässliche Multiplikatoren sind.

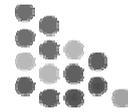
Seit unserer Gründung und angesichts dessen, dass ich am 21. September 2005 an der Sitzung des politischen Ausschusses der Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung teilnehmen durfte, haben wir darauf gesetzt, dass der Prozess der Erneuerung der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft (Barcelona+10) eine ausgezeichnete Gelegenheit bieten wird, die demokratischen, auf Teilhabe ausgerichteten und sozialen Inhalte der Partnerschaft auf eine neue Grundlage zu stellen. In diesen zehn Jahren haben wir kritisch Bilanz gezogen und an unserer Forderung festgehalten, dass den Völkern der Region als echten Förderern des Prozesses ein Mitspracherecht, Teilhabe und eine wichtige Rolle zukommen muss.

Ferner haben wir in der Mittelmeerstadt Málaga am 1. und 2. Oktober die Bürgerveranstaltung Barcelona+10 für die Zivilgesellschaft organisiert, an der mehr als 70 Organisationen und Netzwerke aus den Mitgliedstaaten der Partnerschaft sowie Vertreter des spanischen Staatssekretariats für Internationale Zusammenarbeit und der Europäischen Kommission teilnahmen. Ziel der Veranstaltung war, die Ergebnisse des 10jährigen Prozesses im politischen, sozioökonomischen und menschlichen Bereich aus Sicht der Bürgergesellschaft zu analysieren; die Schlussfolgerungen stellten die Grundlage für den Beitrag dar, den wir für den Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Barcelona ausgearbeitet haben.

So haben wir als Zivilgesellschaft in unserem Beitrag das Schwerpunktthema Beschäftigung, demokratische Regierungsführung und Achtung der Menschenrechte, das Ende der Besetzungen in der Mittelmeerregion, gleiche Rechte für Frauen und ihre Rolle bei der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, den interkulturellen Dialog und den Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und jegliche Form eines ausgrenzenden Fundamentalismus sowie die Förderung nachhaltiger Entwicklung und den Umweltschutz hervorgehoben.

Ebenso weisen wir darauf hin, dass es angezeigt und notwendig ist, die organisierte Bürgergesellschaft unmittelbarer in die Bemühungen um Verwirklichung der in der Erklärung von Barcelona enthaltenen Ziele einzubinden, und zwar durch die Schaffung dauerhafter Konsultationsmechanismen auf lokaler, sektoraler und regionaler Ebene des Prozesses.

Unsere Bewertung der Beteiligung der Zivilgesellschaft am Gipfeltreffen von Barcelona fällt sehr positiv aus: Zum ersten Mal konnte sich ein Vertreter der organisierten Zivilgesellschaft frei an einen Gipfel der Staats- und Regierungschefs im Mittelmeerraum wenden, und wir danken insbesondere Spanien und dem



Vereinigten Königreich, die das Treffen gemeinsam ausgerichtet haben, für die außergewöhnliche Sensibilität, die sie in Bezug auf unsere Beteiligung zeigten.

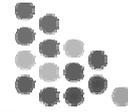
Nach dem Gipfel ist der Zeitpunkt gekommen, eine Bewertung vorzunehmen; obgleich wir einräumen, dass hinsichtlich des Zieles, der Partnerschaft neue Dynamik zu verleihen, nicht wenig Fortschritte erzielt wurden, müssen wir als Organisationen der Bürgergesellschaft doch feststellen, dass die Ergebnisse unseren großen Erwartungen nicht gerecht wurden, insbesondere was die Beteiligung der Zivilgesellschaft anlangt.

Positiv würdigen wir den Wert des gemeinsamen Aktionsplans und seiner Inhalte, die den Prozess verstärken und seine Vertiefung ermöglichen. Ebenso wurden durch die ausgezeichnete Resonanz, die einige unserer Vorschläge fanden, sehr interessante Prozesse angestoßen, wie die mögliche Abhaltung einer Konferenz über demokratische Regierungsführung in der Region, eine Beschäftigungskonferenz und die Ministerkonferenz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau.

All diese Maßnahmen stellen eine Arbeitsagenda dar, die, wie wir hoffen, von den verschiedenen Akteure des Prozesses gemeinsam bewältigt werden kann und die eine Weiterentwicklung der politischen Inhalte der Partnerschaft ermöglichen wird.

Dessen ungeachtet bedauern wir trotz dieser Fortschritte, dass der Aktionsplan Beschränkungen hinsichtlich der Beteiligung der Zivilgesellschaft an dem im ersten Kapitel begründeten politischen Dialog enthält. Die Beschränkung des politischen Dialogs mit der Zivilgesellschaft auf Vereinigungen oder Institutionen, die nach Maßgabe der innerstaatlichen Rechtsvorschriften eingetragen sind, in Zusammenhängen, in denen es immer noch viele Hindernisse für die Vereinigungsfreiheit gibt, kann dazu führen, dass sehr viele Organisationen der Region in diesem Dialog ihre Stimme nicht zu Gehör bringen können, was nur noch mehr zu ihrer Ausgrenzung beiträgt und sie auch als politische Gesprächspartner ausschließt. Diese Haltung ist für eine Plattform inakzeptabel, die sich auf das Recht gründet, dass wir als Bürgerinnen und Bürger unseren Standpunkt zum Ausdruck bringen, uns organisieren und unsere Forderungen mit friedlichen Mitteln erreichen wollen.

Daher betrachten wir diesen Punkt des Aktionsplans als Hindernis für einen offenen und aufrichtigen Dialog und hoffen, dass es durch eine klare und effiziente Erweiterung und Vertiefung des Rechtes und der Versammlungsfreiheit rasch abgebaut wird, um die Einbeziehung von Vereinigungen und Organisationen zu fördern, die in absolut friedlicher und konstruktiver Weise zur Entwicklung der Grundsätze des Friedens, der Menschenrechte und der Demokratie in der Region beitragen wollen.



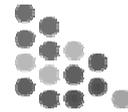
Abgesehen von diesem Hindernis, das die freie Entwicklung der Zivilgesellschaft in der Mittelmeerregion zu erschweren droht, sind die Organisationen der Zivilgesellschaft im Begriff, den neuen Horizont der Zusammenarbeit zu analysieren, der sich für den Zeitraum 2007-2013 eröffnet; darin betten wir unsere wichtigsten Prioritäten ein:

- Erstens, demokratische Regierungsführung in der Region; dies schließt den Kampf gegen die Korruption, Transparenz, die Achtung und Förderung der Menschenrechte und die Vertiefung der Demokratie ein;
- zweitens Friede, Beendigung der Besetzung, Aufbau einer Dialogkultur und Zusammenarbeit angesichts jeglicher Form von ausgrenzendem Fundamentalismus;
- drittens, Beschäftigung, soziale Rechte und die Auswirkung der Freihandelszone auf diese;
- viertens, Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie Stärkung der Beteiligung und der Bürgerrechte der Frauen;
- fünftens, soziale und ökologische Nachhaltigkeit, Umweltschutz und Förderung der Prozesse nachhaltiger Entwicklung;
- sechstens, Förderung der Versammlungsfreiheit und Beteiligung der Zivilgesellschaft am Barcelona-Prozess in Übereinstimmung mit unserem Gründungsziel.

Besonderer Erwähnung bedarf die Vielschichtigkeit der internationalen Migrationsströme in der Mittelmeerregion. Die Zivilgesellschaft verfolgt schwerpunktmäßig einen Ansatz, der die Rechte der Migranten schätzt und achtet und es ermöglicht, sich mit ihrer Lage im Rahmen einer Politik der Anerkennung dieser Rechte auseinanderzusetzen; dieser Ansatz verzichtet auf reine Sicherheitsmaßnahmen, die zweifellos keine Lösung sind - weder auf kurze und noch viel weniger auf lange Sicht. Schließlich sind Migranten vor allem Rechtssubjekte, und wir halten Versuche, die Lage mit massiven Ausweisungen zu lösen oder die Verantwortung für die Bewältigung der Migrationsströme auf Länder außerhalb der Grenzen der Union zu verlagern, für inakzeptabel.

Die Bewältigung der Migrationsströme ist eine gemeinsame Aufgabe der Europäischen Union, ihrer Partner und Nachbarstaaten und der Herkunftsländer, und sie muss unter strikter Achtung und Anerkennung der Menschenrechte erfolgen, die den Menschen helfen, die wegen Armut, mangelnder Perspektiven und der Verletzung ihrer Rechte fliehen und an den Ufern des Mittelmeers eine Gesellschaft und eine Welt suchen, die ihnen eine Option für die Teilhabe am Wohlstand bietet.

Die Organisationen, die Mitglieder der Plattform sind, fordern nach wie vor, dass die Staaten des Barcelona-Prozesses das internationale Übereinkommen über die Rechte von zugewanderten Arbeitnehmern und ihren Familien ratifizieren. Wir



hoffen, dass die im Juli in Marokko stattfindende Konferenz zum Thema Migration Fortschritte in dieser Richtung bringen wird.

Schließlich ist der interkulturelle Dialog auch ein besonders sensibler Bereich, insbesondere nach den Ereignissen in der Region im Anschluss an die Veröffentlichung der Karikaturen in der dänischen Presse.

Unter Berücksichtigung der vom Euromediterranen Netzwerk für Menschenrechte herausgegebenen Erklärung, die von der Plattform selbst übernommen wurde, sind wir davon überzeugt, dass die Meinungsfreiheit wesentlicher Bestandteil einer demokratischen, pluralistischen, toleranten und offenen Gesellschaft ist, in der die Werte auf der Achtung der Menschenrechte beruhen.

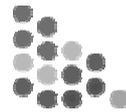
Diese Meinungsfreiheit gilt nicht nur für allgemein akzeptierte Informationen und Ideen oder solche, die als nicht offensiv oder wenig interessant betrachtet werden, sondern auch für die Bereiche, die Unruhe in einer Bevölkerungsgruppe auslösen. Und die Religion ist hier keine Ausnahme.

Dennoch bringt, wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte mehrfach festgestellt hat, die Ausübung des Rechtes auf freie Meinungsäußerung Pflichten und Verantwortlichkeiten in Bezug auf die Achtung der Rechte des Nächsten mit sich, nicht nur, was die Art und Weise angeht, in der sich diese Meinungsfreiheit niederschlägt, sondern auch aufgrund des sozialen, kulturellen und politischen Kontextes.

In diesem Sinne kann die Veröffentlichung von Karikaturen des Propheten Mohammed, zunächst in einer dänischen Zeitschrift, später aber auch in zahlreichen anderen europäischen Veröffentlichungen, zu Recht als ungerechtfertigter Angriff auf einen wichtigen Teil der muslimischen Welt betrachtet werden. Die Gleichsetzung des Islam mit dem Terrorismus in diesen Karikaturen verstärkt die Fremdenfeindlichkeit und den Rassismus nur noch mehr, dessen Opfer diese Bevölkerungsgruppe in Europa ja bereits ist. Dieses Bild trägt darüber hinaus zur Diskreditierung ganzer Länder und Völker bei.

Wir beobachten ferner mit Sorge den Gang der Ereignisse in verschiedenen arabischen Ländern nach dieser Veröffentlichung und verurteilen nachdrücklich alle Gewalttaten der letzten Tage, die gegen die Meinungsfreiheit gerichtet sind.

Maßnahmen wie diese, seien sie provokativ, reaktiv oder von Gewalt geprägt, tragen keineswegs zur Verständigung und Zusammenarbeit der Völker bei; sie schwächen vielmehr diejenigen, die wie wir an den Dialog glauben, und stärken diejenigen, die in der einen oder anderen Weise als ausgrenzende Kräfte agieren.



Meine Damen und Herren, wir sind uns dessen bewusst, dass Dialog, Verständnis und Sensibilität gegenüber den vielen Gemeinschaften, die in der Mittelmeerregion leben, nur mit der aktiven Beteiligung einer freien und starken Zivilgesellschaft möglich sind, die sich zu den Werten des Friedens, der Demokratie und der Menschenrechte bekennt. Wir glauben, dass die Prioritäten, die wir uns für das Jahr 2006 gesetzt haben und die in die Ausrichtung eines neuen Euromediterranen Bürgerforums in der zweiten Jahreshälfte einfließen werden, tatsächlich dazu beitragen, Brücken zwischen den Völkern des Mittelmeeres zu schlagen und die vielen Mauern einzureißen, die aus unterschiedlichen Gründen nach wie vor die dunkelsten Flecke auf der Landkarte des Mittelmeerraums darstellen. Auch wenn wir wissen, dass die Mauer der Intoleranz die stärkste ist, die am meisten unserer gemeinsamen Anstrengung bedarf, sind Unverständnis und Furcht vor dem anderen bedauerlicherweise nach wie vor unter den meisten unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger verbreitet.

Wir in der Zivilgesellschaft wissen, dass die Euromediterrane Parlamentarische Versammlung ein Schlüsselement bei dem Bemühen ist, die Mauern in der Region einzureißen; wir werden Sie bei diesem Vorhaben und auf diesem Weg stets mit unserem Engagement und unserem Handeln begleiten.

Ich danke Ihnen.

**Eröffnungsrede des Präsidenten des Europäischen Parlaments, Josep Borrell  
anlässlich der Plenarsitzung der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer (PVEM)  
Brüssel, 27. März 2006**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
Sehr geehrte Frau Kommissarin,  
Sehr geehrter Herr Vertreter des Rates,  
Sehr geehrter Herr Botschafter der Arabischen Liga,  
Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
Saïdati wa sadati, [arabisch]

es ist mir eine große Freude, die Plenarsitzung der PVEM hier im Europäischen Parlament in Brüssel zu eröffnen. Herzlich willkommen, ahlan wa sahan!

Ich verspüre eine gewisse innere Bewegung, denn nach Abschluss unserer Arbeiten werde ich die Präsidentschaft unserem Kollegen Fouad Mebazaâ, dem Präsidenten der tunesischen Abgeordnetenkammer, übertragen.

Diese Zeit war für mich eine der bereicherndsten meines Lebens, und dies sowohl in menschlicher und kultureller wie auch politischer Hinsicht.

Unsere Versammlung entstand in der Folge des Barcelona-Prozesses. Ich bin froh, zu ihrer Entwicklung beigetragen zu haben.

Für all dies wollte ich mich bei Ihnen bedanken.

Hinter uns liegt ein Tag voller intensiver Vorbereitungsarbeiten in den Ausschüssen und im Präsidium.

Jetzt ist die Zeit gekommen, Bilanz zu ziehen. Welche Fortschritte haben wir seit unserer konstituierenden Sitzung in Athen vor genau zwei Jahren erzielt!

Nach der Erfahrung des letzten Jahres, in dem drei Sitzungen der PVEM stattgefunden und ich an mehreren offiziellen Reisen in die Länder des südlichen Mittelmeerraumes teilgenommen habe, kenne ich die tatsächliche Situation und die Völker dieser Region nun sehr viel besser. Deshalb bin ich mehr als je zuvor davon überzeugt, dass die Beziehungen Europas mit der muslimischen Welt eine der wichtigsten Herausforderungen für Europa in den nächsten Jahren darstellen.

Bei der Bestandsaufnahme werden zwei Aspekte deutlich: Der Mittelmeerraum ist einerseits eine extrem dynamischen Region, wird aber andererseits auch zunehmend instabiler.

Zeiten der Hoffnung und Krisenperioden wechseln sich ab: Auf der einen Seite stehen Wahlprozesse und große Reformvorhaben, die erste ermutigende Ergebnisse zeigen, auf der anderen Seite die Anheizung des Nahost-Konflikts sowie eine allgemeine Zunahme der Spannungen und des gegenseitigen Unverständnisses.

An diesen sich ständig ändernden Kontext müssen wir uns anpassen. Daher sollten wir die von unserer Versammlung behandelten Themen sorgfältig auswählen und die Organisation unserer Arbeit entsprechend anpassen.

Unsere Rolle als Parlamentarier besteht darin, die erzielten Fortschritte sowie die Entwicklungsperspektiven des Barcelona-Prozesses zu prüfen.

Wir sollten uns mit dem Ergebnis unseres Gipfeltreffens im letzten November, insbesondere dem Fünfjahres-Arbeitsprogramm und dem Verhaltenskodex in Bezug auf die Bekämpfung des Terrorismus sowie den entsprechenden Folgemaßnahmen befassen.

Zu unserer Debatte haben wir Frau Ferrero-Waldner, die Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik, eingeladen. Sie wird uns die Leitlinien der von der Kommission im Rahmen des Barcelona-Prozesses kurz- oder mittelfristig geplanten Aktionen darlegen.

Franz Morak, Staatssekretär und Vertreter der österreichischen Ratspräsidentschaft, wird uns seine Sicht der Entwicklung des Barcelona-Prozesses seit dem Gipfeltreffen im letzten November erläutern.

Herr Botschafter Abd. El-Wahab Derbal, der persönliche Vertreter des Generalsekretärs der Arabischen Liga, wird ebenfalls an dieser wichtigen Debatte teilnehmen.

Und wie in Rabat beschlossen, wird auch José Moisés Martín, Vorsitzender des Vorstandes der Euromediterranen Nichtregierungsplattform, heute Nachmittag bei uns sein und eine Debatte über die Rolle und den Beitrag der Zivilgesellschaft im Barcelona-Prozess moderieren.

Sehr geehrte Damen und Herren,

in den zwei Jahren ihres Bestehens hat die PVEM sich in einem von Hindernissen belasteten Umfeld beweisen können.

Auf unserer außerordentlichen Sitzung in Rabat wurde deutlich, welchen zusätzlichen Nutzen die PVEM dem Barcelona-Prozess bringen kann - insbesondere dadurch, dass es gelang, gemeinsame Stellungnahmen von Vertretern beider Seiten des Mittelmeeres zu heiklen Themen zu verabschieden.

Dies steht im Gegensatz zum Barcelona-Prozess, wo dies nicht gelungen ist.

Die offensichtliche Abwesenheit der Staats- und Regierungschefs bei diesem Gipfel hat die beiden Seiten des Problems verdeutlicht: zum einen den Mangel an gegenseitigem Verständnis und zum anderen die Perspektiven des Barcelona-Prozesses.

Zu meinem großen Bedauern hat sich das politische Klima in der Mittelmeerregion seitdem verschlechtert.

Durch den Streit um die dänischen Karikaturen sind wir in die erste Reihe der internationalen Politik gerückt.

Die PVEM hat auf die darauf folgende Krise schnell reagiert. Das Präsidium verabschiedete unverzüglich die erste gemeinsame Erklärung von Europäern und Arabern zu diesem Thema nach Ausbruch der Krise. Wie Sie wissen, hat es sein Bedauern über die veröffentlichten Karikaturen zum Ausdruck gebracht, jedoch gleichzeitig zu Mäßigung in der Reaktion darauf aufgerufen.

Weiterhin forderte es den Kulturausschuss und den Politischen Ausschuss auf, die Ereignisse zu analysieren und die heutige Debatte in der Plenarsitzung vorzubereiten.

Glücklicherweise hat sich die Situation seitdem wieder beruhigt. Allerdings war der Preis - die geopfert Menschenleben und die materiellen und symbolischen Schäden - ohne Zweifel zu hoch.

Durch die Angelegenheit wurde jedoch auch wieder das Schreckgespenst des Zusammenpralls der Zivilisationen heraufbeschworen.

Durch die Frustration und Enttäuschung der Völker des Südens werden Ressentiments gegen den Westen geschürt, von denen auch die Europäische Union mehr und mehr betroffen ist.

Gleichzeitig müssen wir jedoch auch sehen, dass die von Zeitschriftenredakteuren getroffenen Entscheidungen nicht die der Regierungen sind.

Die Meinungsfreiheit ist einer der Grundwerte der Europäischen Union und wurde auch als solcher in die Erklärung von Barcelona aufgenommen.

Die Krise hat die verschiedensten Reaktionen hervorgerufen. So gibt es Nobelpreisträger, die sich für die Unehrebarkeit gegenüber den Religionen einsetzen, und auf der anderen Seite Vertreter der These, man müsse Gesetze zur Beschränkung der Meinungsfreiheit erlassen, um die Wahrung der Religionsfreiheit zu gewährleisten.

Es handelt sich um eine sehr heikle Debatte, besonders für uns, da wir versuchen, unsere Partnerschaft auf gemeinsame Werte zu gründen. Vielleicht sind wir uns aber einig in der Einschätzung, dass die einzigen Gewinner der Krise diejenigen sind, die unser Vorhaben scheitern sehen wollen.

Was die Pressefreiheit angeht, so sind wir zumindest darin einig, dass sie in verantwortungsvoller Weise und innerhalb der gesetzlichen Grenzen zu nutzen ist, es aber gefährlich ist, sich bei den Regierungen darüber zu beschweren, was ihre Medien veröffentlichen.

Vielleicht können wir uns auch darauf einigen anzuerkennen, dass diese Krise erneut deutlich gemacht hat, welcher Herausforderung die demokratischen und weltlichen politischen Verantwortlichen beiderseits des Mittelmeeres gegenüberstehen.

Die Spannungen sind auf beiden Seiten des Mittelmeers täglich zu spüren.

In diesem Zusammenhang haben der Rückzug der internationalen Beobachter und die nahezu nahtlos darauf folgende Erstürmung des Gefängnisses in Jericho durch die israelische Armee die Spannung noch mehr angeheizt, sowohl bei den Palästinensern als auch in der übrigen Region. Präsident Mahmoud Abbas wurde durch diese Ereignisse gezwungen, seinen Europabesuch abzubrechen und auf seine Rede vor dem Europäischen Parlament zu verzichten. Doch so verfügen die politischen Islamisten der gesamten Region nun über neue Bilder zur Rechtfertigung ihrer Ideen. Der Anblick von arabischen Männern, die in Unterwäsche vor vorgehaltener Waffe gezeigt werden, gießt nur Öl ins Feuer von denjenigen, die in der Region behaupten, der Westen demütige die arabische Welt ohne Unterlass. Zum jetzigen Zeitpunkt bedarf es allerdings nur geringen Anlasses, um die Bevölkerung der Region davon zu überzeugen.

Man darf nicht vergessen, dass nicht nur die Wahlen in den palästinensischen Gebieten ein Indiz dafür sind, welche zunehmende Unterstützung der politische Islam erfährt. Eine ähnliche Tendenz zeichnet sich in Ägypten und im Irak ab, und laut Untersuchungen werden andere Länder folgen.

Für uns besteht die Herausforderung nun darin, diese Atmosphäre der Konfrontation durch eine Atmosphäre des Dialogs zu ersetzen. Das war schon immer der Ansatz der PVEM, und wir hoffen, dass wir anderen zeigen können, welcher Weg einzuschlagen ist.

Wir dürfen auf keinen Fall vergessen, dass die Annäherung der Gesellschaften eines der Hauptziele unserer Partnerschaft ist.

Wir stehen hinter der Idee der "Allianz der Zivilisationen". Nun gilt es, dazu beizutragen, diese mit Inhalt zu füllen.

Vor diesem Hintergrund wurde auch die Anna-Lindh-Stiftung gegründet, deren Vorsitz von nun an der Jordanier Muhyieddeen Shaban Touq führen wird. In der aktuellen Situation hat diese Ernennung äußerst symbolischen Wert.

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist unbedingt notwendig, dass wir die Spirale der Konfrontation durchbrechen. Wir können diesen Zustand nicht als schicksalsgegeben akzeptieren.

Die PVEM ist der passende Ort, um grundlegende Überlegungen über die tieferen Gründe dieser schwierigen Situation anzustellen und entsprechende Konsequenzen zu ziehen.

Gestatten Sie mir nun, auf die von unserer Versammlung geleisteten Arbeiten zurückzukommen.

Alle unsere ständigen Ausschüsse haben vorläufige Empfehlungen eingereicht, die heute Nachmittag dem Plenum vorgelegt werden.

Ich freue mich, dass sich gestern der Ad-hoc-Ausschuss für die Rechte der Frau im Mittelmeerraum konstituiert hat. Diese Region war eine der Prioritäten meiner Präsidentschaft und ich hoffe, dass sich die PVEM durch diesen neuen Ausschuss in die Reihe derer einreihet, die sich für Frauenrechte und Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern einsetzen.

Von den sechs Arbeitsgruppen, die in der PVEM gegründet wurden, haben vier Entschließungsentwürfe vorgelegt.

Die Arbeitsgruppe über die Anna-Lindh-Stiftung schlägt uns verschiedene Möglichkeiten der Beteiligung der PVEM an dieser mit dem Dialog der Kulturen betrauten Stiftung vor.

Die Arbeitsgruppe über Zivilschutz und die Verhinderung natürlicher und ökologischer Katastrophen ruft dazu auf, gemeinsam gegen die Gefahren der Natur zu kämpfen. Dieser Kampf wird unsere Solidarität unter Beweis stellen.

Weitere Schlussfolgerungen hat die Arbeitsgruppe zur Umstrukturierung der FEMIP (Investitionsfazilität und Partnerschaft Europa-Mittelmeer) in eine Europa-Mittelmeer-Entwicklungsbank vorgelegt. Die Arbeitsgruppe zur Geschäftsordnung der PVEM bittet um Verlängerung ihres Mandates.

Die Arbeiten der Arbeitsgruppe zum Thema Landminen laufen noch. Zum jetzigen Zeitpunkt stelle ich fest, dass die an die Partnerländer geschickten Fragebögen noch nicht in ausreichender Zahl zurückgeschickt wurden.

Das Präsidium hat die Verlängerung der Tätigkeit der Arbeitsgruppe über den Friedensprozess im Nahen Osten genehmigt. Wir bedauern, dass es ihr aufgrund der unvorhersehbaren Entwicklungen in der Region nicht möglich ist, unserer Vollversammlung ihre Ergebnisse vorzustellen.

Der israelisch-palästinensische Konflikt war immer die Achillesverse unserer euromediterranen Zusammenarbeit. Leider können wir wie in der Vergangenheit nur ständig weiter dafür kämpfen, trotz dieser offenen Wunde Fortschritte zu erzielen.

Wie die Wahlen in Palästina werden wir auch die morgigen Wahlen in Israel sehr aufmerksam verfolgen.

Unsere israelischen Kollegen können aufgrund dieser Ereignisse heute nicht bei uns sein. Hoffen wir, dass jetzt eine Zeit beendet wird, in der die Ungewissheit bezüglich des Wahlverlaufes schwerer wogen als die dringende Notwendigkeit einer Einigung.

Bald wird es eine neue Regierung der Palästinensischen Autonomiebehörde geben. Ich hoffe, dass unsere Versammlung eine klare Botschaft an diese Regierung senden kann.

Als europäische und arabische Parlamentarier sollten wir den demokratischen und friedlichen Verlauf der Wahlen zum palästinensischen Legislativrat begrüßen.

Gleichzeitig sollten wir die künftige Regierung dazu aufrufen, ihre internationalen Verpflichtungen gegenüber Europa, aber auch gegenüber der arabischen Welt im Rahmen der Liga der arabischen Staaten einzuhalten. Dazu zählt auch die Umsetzung der Roadmap.

Und auch von Israel erwarten wir, dass es seine Verpflichtungen diesbezüglich einhält.

Sehr geehrte Damen und Herren,

am Anfang meiner Rede sprach ich von den tiefgreifenden Veränderungen, die die Mittelmeerregion gleichzeitig dynamisch, aber auch instabil machen.

Lassen Sie uns dafür Sorge tragen, dass die angestrebte Agenda in den nächsten Jahren umgesetzt wird. Seien wir streng mit unseren Regierungen und fordern wir von ihnen greifbare Ergebnisse, die für das tägliche Leben der Menschen von Nutzen sind.

Dies ist die wichtigste Rolle der Parlamentarier.

Lassen Sie uns dort aktiv werden, wo die Sprache der Diplomaten oder der Regierungen droht, Missverständnisse zu verschleiern. Es ist immer besser, sie klar anzusprechen als sie zu verbergen.

Seien wir ehrlich. Oft sind ein "ja" oder ein "nein" eine bessere Verhandlungsbasis als ein "vielleicht".

Bei all unseren Aktivitäten sollten wir im Auge behalten, dass wir die parlamentarische Dimension des Barcelona-Prozesses verkörpern. Es ist also an uns, sie zu vertiefen und für ihre Weiterentwicklung zu sorgen.

Angesichts der Hindernisse für dieses Unterfangen können wir auf unsere ersten Ergebnisse, einen Ort der Begegnung und des Gesprächs geschaffen zu haben, stolz sein.

In Europa können wir aufgrund der Bemühungen um Dialog, Gespräch und Begegnung nach dem Krieg auf 60 Jahre Frieden und Wohlstand zurückblicken.

Ich möchte aber sehr deutlich sagen, dass wir uns nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen dürfen.

Es bleibt noch viel zu tun, damit unsere Versammlung ihr gesamtes Potenzial ausschöpft.

Lassen Sie uns dafür sorgen, dass sie zu einem ständigen Forum des Zuhörens, des Dialoges und der konkreten Vorschläge statt eines Ortes wird, an dem lediglich einseitige Erklärungen ausgetauscht werden.

Lassen Sie uns unsere Versammlung zu einer wirklichen Ideenschmiede machen. Wir müssen unsere Wahrnehmbarkeit verstärken und uns als entscheidenden Akteur unserer Partnerschaft unter Beweis stellen.

Damit uns dies gelingt, sollten wir unsere Arbeit besser strukturieren. Wir müssen die Anpassung und Rationalisierung unserer Arbeitsweise weiterführen.

Und schließlich lassen Sie uns, auch wenn dies manchmal schwer ist, unsere Bemühungen um gegenseitiges Verständnis fortsetzen. Dies ist unbedingt notwendig, um unseren Zielen gerecht zu werden.

Wie ich es schon in Rabat sagte, so ist es der offene Dialog, der unserem Projekt zu Reife verhelfen wird.

Ergreifen wir die Gelegenheit, die sich uns heute bietet, um vorwärts zu gehen.

Die Präsidentschaft unserer Versammlung wird nun von unseren tunesischen Freunden übernommen. Wir wissen alle um ihren Einsatz und ihr Engagement.

Ich vertraue darauf, dass die PVEM unter ihrer Präsidentschaft ihren eingeschlagenen Weg weiter fortsetzt.

Ich wünsche Ihnen alles Gute.

Vielen Dank.

Shoukran [arabisch].





